

SCHÖNES WOHNEN FÜR ALLE!

NR. 01/2021 - Kostenfrei

ZEITUNG FÜR EINEN SOLIDARISCHEN STADTTEIL - HANNOVER NORDSTADT



(SCHÖNES) WOHNEN IN DER NORDSTADT ?

Für die einen ist die Nordstadt ihr zu Hause und es ist nicht zuletzt die Vielfalt, warum viele hier so gerne wohnen. Für die anderen ist die Nordstadt ein Monopoly-Spielfeld, und die Vielfalt und die bezahlbaren Nischen werden immer mehr durch die Einfalt des Geldes verdrängt.

Diese schleichende Entwicklung hat in den letzten 10 Jahren erheblich an Fahrt aufgenommen: beispielsweise haben sich die angebotenen Mietwohnungen von 2007 (5,93 €/m²) bis 2018 (9 €/m²) um 52% verteuert, das sind sogar noch über 5% mehr als im Durchschnitt von Hannover (Lagebericht zur Stadtentwicklung 2018). Wer nicht das Glück eines alten Mietvertrags oder einer Genossenschaftswohnung hat, muss schon sehr wohlhabend sein, um hier angstfrei leben zu können. Und auch ein alter Mietvertrag bietet keinen langfristigen Schutz. Die stetig steigenden Mieten bedeuten, dass ein immer höherer Anteil des Einkommens für Miete ausgegeben werden muss und, dass immer mehr Menschen aus ihrem vertrauten Umfeld verdrängt werden. Andere profitieren: Es findet ein riesiger Umverteilungsprozess zu Gunsten der Immobilienbesitzenden statt.

Wie negativ die Entwicklung in Hannover ist, wird noch deutlicher, wenn die Entwicklung der Angebotsmieten im Bestand von 2011 bis 2018 mit anderen Großstädten verglichen wird. In diesem Zeitraum gibt es in Deutschland, mit Ausnahme von Berlin, keine Stadt, in der Mieter*innen einen solch starken Anstieg der Mieten hinnehmen mussten. Berlin hat jetzt immerhin einen Mietendeckel eingeführt.

Mietenpolitik hängt auch von Regeln ab, die auf Bundes- oder Landesebene gemacht werden. Eine Schlüsselrolle haben jedoch die Kommunen. Hier gibt es viel Handlungsspielraum: von einem vorausschauenden Flächenmanagement, Einflussmöglichkeiten bei der Bebauungsplanung, Milieuschutzsatzungen (die z.B. die Umwandlung in Eigentumswohnungen einschränken), der Kampf gegen Zweckentfremdung und Leerstand. Alles Optionen, die etwas verbessern könnten. Alles Handlungsfelder, in denen Hannover z.T. sehr weit hinter anderen Städten hinterherhinkt. Auch das kommunale Wohnungsbauunternehmen Hanova fällt mehr durch hochpreisige Angebote auf, als durch einen Beitrag für „Wohnraum für alle“. Ge-

Wer nicht das Glück eines alten Mietvertrags oder einer Genossenschaftswohnung hat, muss schon sehr wohlhabend sein, um hier angstfrei leben zu können.

nossenschaften wie die WOGÉ Nordstadt bekommen kaum relevante Unterstützung. Statt ökologisch umzunutzen, regiert die Abrissbirne.

Versprochen wird so einiges und wir wetten im kommenden Kommunalwahlkampf gibt es sogar noch mehr Versprechen. Wenn wir laut genug protestieren, gibt es dann vielleicht irgendwann sogar endlich eine leichte Bremsung der Fehlentwicklungen? Irgendwann vielleicht, aber ein reines

Bremsen würde bedeuten, dass wir weiter in die falsche Richtung fahren. Wir brauchen aber einen Richtungswechsel hin zum „Wohnen für Menschen und nicht für Profite“. Dies ist in der Stadt Hannover nicht erkennbar. Der grüne Oberbürgermeister schließt nahtlos an eine investorenfreundliche Politik an. Und wenn Menschen mit einer Besetzung selbst aktiv werden, um Leerstand (städtischer Gebäude!) in Hainholz zu Gunsten von Obdachlosen unbürokratisch bewohnbar zu machen, erfahren diese nicht etwa Unterstützung, sondern bekommen Strafanzeigen.

Einen Richtungswechsel müssen wir schon selber erwirken. Corona verschärft viele Probleme, erschwert aber die so wichtige Selbstorganisation im Stadtteil. Ideen wie eine Stadtteilversammlung um gemeinsam zu diskutieren, sind derzeit nicht umsetzbar. Einen Richtungswechsel können wir aber nur gemeinsam schaffen. Diese Ausgabe der Zeitung *SCHÖNES WOHNEN FÜR ALLE* bringt schon mal verschiedene Perspektiven zusammen. Damit möchten wir Mut machen. Es ist in den letzten zwei Jahren in der Nordstadt einiges in Bewegung gekommen: bei „Nordstadt solidarisch“, „Bumke selber machen“, „Was erlauben Stadt?“ und zuletzt bei der Kampagne „Sonst besetzen wir!“ haben sich ganz unterschiedliche Menschen selber organisiert. Es gilt Ursachen der Fehlentwicklungen zu analysieren und auch mal kreative Alternativen zu entwickeln. Und dann heißt es: „Nordstadt selber machen!“ (rsw)

Liebe Leser*innen,

Sie halten die erste Ausgabe der *SCHÖNES WOHNEN FÜR ALLE* in den Händen.

Schönes Wohnen für Alle? Wohnraum wird in Hannover immer teurer, neue Wohnungen gibt es in erster Linie für Leute ohne monetäre Probleme. Für hunderte Obdachlose stellt sich demgegenüber nicht die Frage, wie schön sie wohnen, sondern wo sie die nächste Nacht verbringen können – ohne zu erfrieren oder sich in Sammelunterkünften mit Corona anzustecken. Tausende Wohnungslose suchen verzweifelt eine Wohnung, Zehntausende wohnen in beengten Verhältnissen und fast alle Mieter*innen in Angst vor Mietsteigerungen und/oder Verdrängung.

Schönes Wohnen nur für Reiche? Mietwohnungen werden zu Eigentumswohnungen umgewandelt, in der Nordstadt werden die wenigen Bauflächen durch Projekte wie „Charlottes Garten“ und „Gerlachs Garten“ mit hochpreisigen Wohnungen belegt. Dabei ist es überhaupt nicht einzusehen, warum die politischen Weichen so gestellt sind. Statt Immobilienwirtschaft und Menschen mit hohem Einkommen zu hofieren, brauchen diejenigen am anderen Ende der Skala Hilfe: Geflüchtete, Wohnungslose, Menschen mit geringem Einkommen oder auch der/die „normalverdienende“ Alltagsheld*in oder Nicht-Held*in. All jenes wollen wir in dieser Zeitung ansprechen. Wir wollen zeigen: Wir alle können solidarisch miteinander schönes Wohnen für Alle erreichen.

In der Medienlandschaft hat das Thema Wohnen zwar an Aufmerksamkeit gewonnen, mit dieser Zeitung wollen wir aber eigene Akzente setzen. Zu unkritisch und ungenau ist die bisherige Berichterstattung. Zu oft werden Sozialwohnungen als Trostpflaster gelobt, und nicht erwähnt, dass diese nach Auslaufen der z.T. nur 10-jährigen Fristen wieder dem Markt überlassen werden. Auch, dass der Abriss des Bumke Hauses mit falschen Grundrissen begründet wurde, blieb in den hannoverschen Zeitungen unentdeckt. Deshalb die *SCHÖNES WOHNEN FÜR ALLE!*

Corona bremst vieles aus. Ein gewisser Informationsfluss ist zwar durch Plakate und die sozialen Medien möglich, dennoch fanden wir es gerade in dieser Zeit wichtig, ein Papierprodukt zu machen und es breit in unserem Stadtteil zu verteilen. Dabei beginnen wir mit der Ausgabe „Nordstadt“, wünschenswert wären weitere Ausgaben: für „Vahrenwald“, „Sahlkamp“ etc. und selbstverständlich eine für „Hannover“, die wir uns konkret für den Sommer vorgenommen haben. Dafür ist nichts weiter nötig als das Engagement von z.B. Ihnen, geschätzte*r Leser*in...

Doch zunächst wünschen wir eine anregende Zeit des Lesens. Und zögern Sie nicht mit Anmerkungen, Kritik und Anregungen. Nicht zuletzt die Karte in der Mitte der Zeitung über die Eigentumsverhältnisse in der Nordstadt erfordert Ihr tatkräftiges Mittun.

Redaktion *SCHÖNES WOHNEN FÜR ALLE* (rsw)

Aus dem Inhalt 2021/1:



Seite 2: Bumke selber machen oder „Gerlachs-Garten“: Was hat der Protest gebracht und wie geht es weiter?

Auf Seite 3 wird diskutiert, warum die Zukunft des Bumke-Hauses die Unterschiede zwischen einem profitorientierten Investor und einem gemeinwohlorientiertem Projekt verdeutlicht.

Seite 4: BAUEN, BAUEN, BAUEN! Mehr Wohnraum, nicht mehr Klimakiller! & Wie die International Campus AG mit dem FIZZ die Not von Studierenden zu Profitt macht.

Seite 5: Wie die Genoss_innenschaft WOGÉ gegen Verdrängun-

gen im Stadtteil vorgeht. & Eine Initiative fragt laut: Was erlauben Stadt?

Seiten 6-7: Karte: Wem gehört die Nordstadt? Wo in der Nordstadt sind Investor*innen aktiv sind, wieviele Mietshäuser sind bereits in Eigentumswohnungen umgewandelt worden. Wie weit ist die Gentrifizierung in der Nordstadt fortgeschritten?

Seite 8: Nordstadt solidarisch erklärt, wie aus Miethäusern endlich Fischstäbchen werden können.

Auf Seite 9 geht es um Wohnungslosigkeit. Die Initiative Sonst besetzen wir! resümiert: „wir haben besetzt! Und jetzt?“

Seite 10: Wohnen in Abschiebehaft. Die Gruppe Hannover Solidarisch



berichtet von ihren Besuchen in der JVA Langenhagen.

Auf Seite 11 tauchen wir in die Nordstadtstraße ein. Ein Fortsetzungsroman aus dem Herzen des Kiez.

Auf Seite 12 geht es um Solidarität: Wann diese politisch wird, diskutiert solinet Hannover. & Die Kolumne „Die letzte Meldung“ berichtet über ein neuartiges Virus aus der Nordstadt. Und für alle Nordstadt-Profis, ein Kreuzworträtsel.

BUMKE SELBER MACHEN ODER „GERLACHS-GARDEN“



Am E-Damm in der Nordstadt erstreckt sich hinter dem Bumke-Haus das 8.000 Quadratmeter umfassende Bumke-Gelände. Platz für 150 Wohnungen. Nun plant der Investor Gerlach den Abriss aller Gebäude. Er will überwiegend exklusive Eigentumswohnungen (30 %) und frei finanzierte Mietwohnungen (25 %, 15 €/m²) bauen. Dazu soll Gerlach auch 33 % befristet „preisgedämpfte“ Wohnungen anbieten, wo die Angst vor Verdrängung bei Auslaufen der Preisbindung gleich mit einzieht. Selbst das Feigenblatt - 12 % der Wohnungen sollen an Genossenschaften gehen - ist noch keinesfalls sicher.

WIE ES BEGANN

Aufgrund der geplanten Betriebsverlagerung stand das Gelände 2017 zum Verkauf. Und da die Stadt Hannover sich ganz offiziell mit ihrer „Wohnungsbauoffensive 2016“ einer investorenfreundlichen Politik verschrieben hat, überließ sie den Verkauf dem Markt. Da investorenfreundliche Politik reichlich Gewinne ermöglicht, war es für den Investor Gerlach logisch einen hohen Preis zu bieten und somit die nicht-profitmaximierenden Mitbewerber*innen wie Genossenschaften zu überbieten. Der hohe Kaufpreis wurde dann durchgehend als (selbstgeschaffener) „Sachzwang“ angeführt.

Der hohe Kaufpreis war somit bereits eine zentrale Weichenstellung: statt die wirklichen Potenziale der Fläche mit gemeinwohlorientierten Wohnungen zu nutzen, deutete sich an: hier gibt es die Fortsetzung von „Charlottes Garten“ (=Bebauung der Landesfrauenklinik v.a. mit sehr hochpreisigen Eigentumswohnungen), nämlich ein „Gerlachs Garden“, womit der 250 Millionen Euro reiche Theo Gerlach noch reicher werden kann.

WAS IST DAS ERGEBNIS?

Nun muss für die Nutzungsänderung zu einem Wohnquartier der Bebauungsplan (B-Plan) geändert werden. Dazu ist Gerlach auf die Stadt Hannover angewiesen, denn der B-Plan wird durch den Rat der Stadt beschlossen. Somit können dem Investor umfangreiche Zugeständnisse auferlegt werden, die in einem sogenannten Städtebaulichen Vertrag festgeschrieben werden können.

Zur Vorbereitung der Bebauungsplanung veranstaltete Gerlach einen Arbeitskreis und drei Zukunftsforen. Die Kritik an dieser Scheinbeteiligung und dessen Ergebnissen haben wir umfangreich in einem Alternativkonzept zusammengefasst.

Dennoch hat die Stadt Hannover das Eckdatenpapier des Investors die Stadt Hannover weitestgehend in den Entwurf zum B-Plan übernommen. Rot-Grün hat im Bezirksrat Nord nur zwei kleine Änderungen angemahnt: für einen Teil der geförderten Wohnungen soll die Preisbindung um 10 auf 25 Jahre verlängert werden, für einen anderen Teil wird die Frist aber bei 10 Jahren belassen. Zudem wurden immerhin Bedingungen eingefordert die es tatsächlich ermöglichen, dass der 12% Anteil auch tatsächlich von einer Genossenschaft übernommen werden kann. Wenn letzteres richtig umgesetzt wird, könnte dies immerhin einen kleinen Erfolg des öffentlichen Drucks bedeuten.

Es bleiben aber 88% der Wohnungen in profitorientierter Trägerschaft. Zwar sollen ein Teil der Wohnungen zunächst preisgedämpft sein und so auch für unsere Alltagsheld*innen wie Supermarktangestellte oder Krankenpfleger*innen bezahlbar sein. Nach Auslaufen der Fristen, wird auch dort „frei vermarktet“. In der Krise Held*innen, nach der Krise „Raus aus der Nordstadt“?

Oder kurz: wir wollen Wohnraum für alle, angeboten wird uns Gerlachs Garden. (*Details zur Kritik und Einwänden gegen den aktuellen Planungsstand finden sich im Artikel unten.*)

WIE GEHT ES WEITER?

„Nach jetzigen Planungsstand werden langfristig 88% der entstehenden Wohnungen auf dem Bumke-Gelände in profitorientierter Trägerschaft sein, noch dazu der Abriss aller Gebäude auf dem Gelände.“ Diese Bilanz mag zunächst ernüchternd klingen. Und wir geben zu, wir sind auch manchmal ernüchtert ob der Macht des Kapitals, Privateigentum und der Stadt, die Hand in Hand im Sinne des Profits für das Unternehmen Gerlach arbeiten.

„Das Beteiligungstheater entlarven, in Zeiten in denen Partizipation in der Stadtplanung nach Willen der LHH immer wichtiger wird. 12% für gemeinnützigen Wohnraum, wenn es für Genossenschaften, wie die WoGe Nordstadt aufgrund der Marktpreise unmöglich ist neue Häuser zukaufen.“

Das hätten wir als „Bumke Selber Machen“ zusammen mit Unterstützer*innen aus der ganzen Stadt gemeinsam erkämpft. Nun gilt es, der Stadtpolitik weiterhin Feuer unter dem Hintern zu machen. Denn anstatt dass die Stadt den Hebel, den sie noch in der Hand hat für die Zukunft des Geländes, nutzt, egal ob das dem Investor Gerlach gefällt, könnten wir uns sogar vorstellen, dass noch die Teilerfolge weich gewaschen werden: in den Gremien der Stadt und hinter verschlossener Tür, bei den Verhandlungen über einen städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt und Gerlach.

Was uns niemand nehmen kann: Mit zwischenzeitlich fast 100 Menschen haben wir gemeinsam an unseren Visio-

nen der Stadt von Morgen gewerkelt. Dabei haben wir uns kennengelernt und sind zusammengerückt. Wir haben verschiedene Fähigkeiten und Interessen eingebracht und viel wichtiges Wissen über den Umgang mit der verlogenen Politik der Partizipation gesammelt. Es sind diese solidarischen Beziehungen, die die Basis bilden für unseren und alle weiteren Proteste gegen Angriffe auf unseren Wohnraum.

Der Konflikt um das Bumke Gelände ist noch nicht vorbei, dafür werden wir sorgen! Denn wie wir und die anderen in diesem Konflikt agieren, wird den Ton setzen für zukünftige so genannte Partizipationsprozesse und dafür, wie wohl sich private Investor_innen zukünftig im Stadtteil fühlen

Die Zukunft Hannovers und der Nordstadt muss an den Bedürfnissen ihrer Bewohner_innen ausgerichtet sein. Kurzfristig geht es deswegen um mehr gemeinnützigen Wohnraum und darum, die Nordstadt „selber zu machen“ - und mittel- und langfristig um die gesellschaftliche Organisation von Wohnraum in vergesellschafteter und demokratischer Form.

Unsere Überzeugung: „Wir können gewinnen, wichtig ist, dass wir das zusammen tun“. Auch zusammen mit Euch, werte Leser_innen, wir freuen uns immer über Zuwachs.

Bumke selber machen

BEBAUUNGSPLAN? EINWÄNDE!

Im August 2020 war es soweit: die „Frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung“ zum Bebauungsplan 1862 zum Areal Oberstr. / E-Damm, d.h. dem Bumke-Gelände fand statt. Vier Wochen lang war ein dünnes, 4-seitiges Papier öffentlich ausgelegt, dessen Hauptinhalt es war, das so genannte „Eckdatenpapier“ des Investors Gerlach als durchgeführte Bürger*innenbeteiligung zu verkaufen. Passenderweise war dieses Papier direkt angehängt.

Im Rahmen dieser Auslage gab es die Möglichkeit, Einwände gegen das geplante Projekt, einzureichen, wovon einige Bürger*innen Gebrauch gemacht haben.

Hier das „Best of“, wobei dem Autor nur ein kleiner Teil der Einwände zur Auswertung vorlag.

Im wesentlichen gab es drei Themenbereiche die dabei in der Kritik standen:

1. **Kritik an dem Verfahren, zur Entstehung dieses Eckdatenpapiers,**
2. **Kritik an den aufgezeigten Zielsetzungen und Rahmenbedingungen,**
3. **Kritik an konkreten Einzelaspekten der Gestaltung des Projekts.**

Kritik an dem Verfahren. Zu 1.) ist kritisiert worden, dass das vorgelagerte „Bürger*innenbeteiligungsverfahren“ durch den Investor

inszeniert und gesteuert wurde. Die Rekrutierung der Architekten und des Moderators durch den Investor führte zur fehlenden Neutralität der beteiligten Experten. Die Untersuchung eines Bausachverhalts durch die Architekten, die mutmaßlicherweise das Projekt anschließend auch umsetzen dürfen, führt fast zwangsläufig zum Vorschlag des Komplettabrisses. Es ist für Architekten immer einfacher, neu zu bauen, als sich bei der Ertüchtigung einer vorhandenen Bausubstanz mühsam von kreativen Teillösungen zu tragfähigen Kompromissen durchzuarbeiten. Mal davon abgesehen, dass kein Hund die Hand beißt, die ihn füttert. Entsprechend unzureichend fiel dann auch die Prüfung von Erhaltungsalternativen aus. Zum Teil wurde sogar auf Basis falscher Grundrisse argumentiert. Mit dem von Bürger*innen eingebrachten Alternativkonzept wurde sich nicht auseinandergesetzt. Dies alles wurde bereits während des Verfahrens kritisiert. Von daher hätte diese „Eckdatenpapier“ niemals Grundlage des Bebauungsplans werden dürfen. Mehrere entsprechende Einwände nehmen darauf Bezug und fordern ein Gutachten zur Bestandsnutzung durch unabhängige Expert*innen

Kritik an den Bedingungen. Zu 2.) ist bemängelt worden, dass keine Untersuchung vorliegt, wie sich das Projekt auf den Mietspiegel

der Nordstadt auswirkt. Es besteht die Befürchtung, dass ein erhöhtes Miet- und Eigentumspreisniveau weitere Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen begünstigen könnte.

Es stieß auf, dass die Angaben des Entwurfs hinsichtlich der Verteilung des Wohnraums auf die verschiedenen Nutzungsarten nach Wohneinheiten gemessen wird. Forderung ist hier, die Verteilung über die Fläche anzugeben, da geförderte Wohnungen tendenziell kleiner ausfallen, als frei vermarktbar (s. Charlottes Garten).

Die Verteilung des preisgedämpften Wohnraums auf die verschiedenen Förderwege (insbes. die nach den Programmteilen C und D) sei zu konkretisieren.

Außerdem wurde gefordert, es zu verhindern, dass geförderte Wohnungen nach Ablauf der Bindungsfrist in Eigentumswohnungen umgewandelt werden dürfen.

Die grundsätzlich vorhandene Möglichkeit, die zugesagten Sozialwohnungen an anderer Stelle als dem Bumke-Gelände zu realisieren sei auszuschließen.

Weiterhin wurde kritisiert, dass bei der vorliegenden Regelung die zugesagte Genossenschaftsbeteiligung umgangen werden kann, z.B. indem die Möglichkeit genutzt wird, einer Genossenschaft ein schlüsselfertiges - und profitabel eingepreistes - Gebäude zu verkaufen. An dieser Stelle gibt es die Forderung, Teile des Be-

stands zum Verkehrswert abzugeben, damit die erwerbende Genossenschaft kostensenkende Konzepte (z.B. durch Eigenleistung) oder anspruchsvolle ökologische Konzepte realisieren kann.

Außerdem ist kritisiert worden, dass sich die ökologische Betrachtung der Bauleistungen in der Feststellung erschöpften, dass das Gelände ja bereits dicht bebaut sei und daher auch wieder dicht bebaut werden könne. Das ist sehr mager. Hier wird ein umfassendes ökologisches Gutachten gefordert, bei dem Umnutzung mit Neubau verglichen wird, insbesondere hinsichtlich der CO₂-Erzeugung bei der Herstellung des Zements und dem Umstand der nicht nachwachsenden Rohstoffe Sand und Kies.

Einwände hat es auch gegen die schwammige Auslobung des Areals als „autoarm“ gegeben. Zwar soll der Stellplatzschlüssel reduziert, sowie eine Reihe von Fahrradstellplätzen und Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge bereitgestellt werden, aber hier wird die Chance verpasst, ein „Modellprojekt Autofreiheit“ zu installieren, so eine Forderung.

Weitere Forderungen sind Regularien zur Verwendung umweltfreundlicher Baumaterialien und zur Minimierung des Energie- und Wasserverbrauchs über die Mindestforderungen der Bauordnung hinaus.

BUMKE-HAUS: ABRISS ODER UMBAU?!

Das Bumke-Haus wurde 1955 als repräsentatives Verwaltungsgebäude am E-Damm errichtet und seine Architektur samt den blauen Neon-Röhren mit dem Schriftzug „Bumke“ hat einen hohen Wiedererkennungswert im Stadtteil. Dies Gebäude bietet ein hohes Potenzial, preisgünstigen Wohnraum durch Umnutzung zu schaffen. Die Zukunft des Bumke-Hauses verdeutlicht gut die Unterschiede zwischen einem profitorientierten Investor und einem gemeinwohlorientiertem Projekt.

Was plant Investor Gerlach?

Gerlach plant den Abriss – ohne zu prüfen, ob dies Gebäude nicht zu tragbaren Kosten umgenutzt werden könnte. Es gab keinerlei Prüfung durch einen neutralen Sachverständigen. Die von Gerlach beauftragten Architekten haben nie konkrete Kosten zum Bumke-Haus dargestellt. Ein Gegenargument zur Umnutzung war die angeblich schlechte Belichtung; allerdings stellte sich heraus, dass die Architekten einen falschen Gebäudegrundriss verwendeten (weitere Informationen dazu siehe Kasten). Geplant sind Wohnungen mit 13-15€ Miete/m² (HAZ 6.12.2019). Je nach Marktentwicklung sind noch höhere Mieten zu befürchten. Zudem ist eine große Verkaufs- bzw. Gewerbefläche im Erdgeschoss vorgesehen, im 1. OG sind gewerbliche Nutzungen vorgesehen.

Was will die Initiative-Bumke Haus ?

Schon aufgrund des Denkmal- und Klimaschutzes (=erspart energiefressenden Neubau) wäre ein Erhalt sinnvoll. Zuerst ist eine Prüfung der Umbaukosten nötig, dies würde die Bedingungen für preisgünstigen Wohnraum klären. Dann ist der Verkauf des Grundstücks erforderlich. Denkbar wäre ein Kauf durch die Stadt Hannover oder eine gemeinwohlorientierte Trägerin. So gibt es Stiftungen, die das Ziel haben, Grundstücke der Bodenspekulation zu entziehen. Auch Rentenkassen, die ihr Geld langfristig nach sozial-ökologischen Kriterien anlegen wollen (Beispiel: Hannoversche Kassen) sind denkbar. Das Gebäude könnte dann in Erbpacht an ein selbstorganisiertes Wohnprojekt vergeben werden, welches den Umbau mit kostensparenden Eigenleistungen verwirklichen könnte. Eine mögliche Nutzung wäre:

Erdgeschoss: die bisherigen Ausstellungsräume laden mit ihren großen Fensterflächen zum E-Damm zu publikumsbezogenen Nutzungen ein: Angebote für Kinder / Jugend / Kultur, Ausstellungen oder Stadtteilarbeit.

Obergeschoss (OG 1 bis 3): hier ist Wohnen für WGs oder große Familien möglich. Platz für ca. 40 Menschen. Vorteile: in Groß-WGs lässt es sich mit insgesamt wenig m²/Person attraktiv wohnen. Als Mietpreis wären ähnliche Höhen wie im Wohnprojekt Stadtteileben in Linden anzustreben: also grob 6 Euro/qm Kaltmiete (je nach Umbaukosten), realisierbar ist dies nur bei entsprechenden Eigenleistungen.

Dachgeschoss (OG 4): hier könnte eine Mischung aus Wohnen und gemeinnütziges Gewerbe/Büros angesiedelt werden. Bei Gerlachs Planungen ist theoretisch auch gemeinnütziges Gewerbe vorgesehen, allerdings ohne zu

sagen, ob solche Nutzungen bei hohen Neubau-Mieten wirklich möglich wären. Die attraktive Balkonseite an der Westseite („Sonnendeck“) könnte eine Gemeinschaftsfläche werden mit Raum für Besprechungen/Veranstaltungen der gewerblichen Nutzer*innen der Etage. Vermietbare Fläche ca. 200 qm Wohnen/200 qm Gewerbe, im Pachtvertrag könnte eine Vermietung an gemeinnützige Initiativen gesichert werden.

Das Wohnprojekt könnte sich als „Auto-Frei“ definieren, das würde die Anschaffung eines PKW ausschließen. Ein schöner Kontrast zu Gerlachs kostenintensiver Tiefgarage in der wohl die SUVs der zahlungskräftigen Klientel beherbergt werden würden.

Aber: Wer soll das bezahlen ?

Der geschätzte Kaufpreis/Wert beträgt ca. 1,2 Mio. €¹ (der Gebäudewert wird mit 1€ angesetzt, da ohne Umnutzung-Konzept mit Eigenleistungen ja ein Abriss geplant war bzw. eine konventionelle Umnutzung durch den Investor als unwirtschaftlich angesehen wurde), bei einem angenommenen Pachtzins von beispielsweise 2% würde dies eine Jahrespacht an die neue Eigentümerin von 24.000 bedeuten.

Der vergleichsweise² günstige Pachtzinssatz von 2% wird an klare Bedingungen geknüpft: Das Projekt muss dauerhaft „dem Markt“ entzogen sein, eine Privatisierung als Privat-Eigentum wird dauerhaft ausgeschlossen. Auch könnten im Projekt Solidar-Modelle vereinbart werden (= Differenzierung der Miethöhe nach Einkommen).

Ein Hausverein könnte z.B. gemeinsam mit dem Miethäusersyndikat eine GmbH bilden, die die Trägerschaft übernimmt und sich über Direktkredite, Bankkredite und Förderungen finanziert. Dies wäre über die Mieten zu refinanzieren, jährlicher Bedarf sind ca. 4% der Umbaukosten (Tilgung + Zinsen) + Rücklagen/Versicherungen etc. + Pacht an die Flächeneigentümerin (24.000 €).

Die Einnahmen für Wohnnutzungen (1.700 m²) und Gewerbenutzungen (450 m²) betragen bei einer Miete von 6 Euro ca. 155.000€ pro Jahr.³ Ganz grob gerechnet wären nach diesem Modell

1 Die Schätzungen ergeben sich aus der notwendigen Grundstücksfläche (=ca. 1000 m², also ein Achtel der Gesamtfläche). Die Fläche ist für eine Wohnbebauung wegen der direkten Lage an der Hauptstraße etwas weniger wertvoll als der Innenbereich (nicht umsonst hat Gerlach seine Eigentumswohnungen für den ruhigen Innenbereich geplant).

2 Analysen zur Ermittlung eines Erbpachtzins sind hier zu finden: Löhr, D. (2017). Zur Ermittlung eines marktgerechten Erbbauzinses – ein Praktikermode. Zeitschrift für Immobilienökonomie, 3(1), 1-19. <https://link.springer.com/article/10.1365/s41056-016-0016-z>. Einfachshalber wird in den weiteren Erörterungen mit 2% weitergerechnet.

3 Genaue Quadratmeterangaben sind nicht möglich, da das Gebäude fließend in ein Nachbargebäude übergeht.

Umbaukosten von 2 Mio. € zu finanzieren. Zum Vergleich: Der Umbau der Fröbelschule zum Wohnprojekt Stadtteileben in Linden hat unter Beachtung von Denkmalschutzauflagen und Landesbauordnung und bei deutlich größerer Fläche (knapp 3000 m²) 1,7 Mio.€ gekostet.⁴

Was ist besser „Bumke-Haus“ vs. privater Investor ?

Bei der eben skizzierten Variante wird preisgünstiger Wohnraum geschaffen. Es erfolgt eine effektive Ausnutzung von Bauland (mit einer für das Bumke-Gelände vorgesehenen Geschossflächenzahl von 2,0, d.h. pro m² Grundstück sind 2 m² Geschossfläche (= Wohnraum) vorzusehen). Das häufig



gebrachte Gegenargument, dass ein Umbau zu wenig Wohnraum schafft ist für das Bumke-Haus nicht zutreffend.

Um die 1.700 m² im Neubau als preisgebundenen Wohnraum durch einen privaten Investor zu erstellen, müssten öffentliche Gelder von ca. 1,7 Mio. € an einen privaten Investor bezahlt werden. Diese Subventionen lägen eher höher als der geschätzte Kaufpreis für das Grundstück. Auf der kurzfristigen Kostenseite sind die Varianten also relativ ähnlich.

Was hat Hannover langfristig nach 20 Jahren von den beiden Varianten:

- Variante „Privater Investor baut Sozialwohnungen“: 0 m² günstige Wohnungen (denn die Preisbindung war ja nur befristet und ist ausgelaufen), 0 € Einnahmen für die Stadt.
- Variante „Wohnprojekt Bumke Haus“: 1700 m² günstige Wohnungen und für die Grundstückseigentümerin (z.B. die Stadt Hannover) 480.000€ Pachtzinseinnahmen und

4 <https://www.syndikat.org/de/projekte/stadtteileben>

Die Gesamtkosten betragen dort 2,8 Mio. (Grundstück mit dem Bestandsgebäude 1.1 Mio. und 1,7 Mio. für den Umbau (HAZ 8.11.2012).

sie ist weiterhin Eigentum eines Grundstücks im Millionen-Wert. Das Grundstück ist noch an die Erbpacht gebunden und kann somit zwar nicht verkauft werden, wird aber weitere Einnahmen bringen: 24.000 € pro Jahr.

Auch stellt der Beitrag zum Klimaschutz durch den Erhalt (statt Neubau) des Gebäudes einen weiteren wichtigen Wert dar. Die Umnutzung spart auch knappe Ressourcen wie Sand, der tatsächlich mittlerweile weltweit rar wird.

Weitere Pluspunkte: Ermöglichung von gemeinnützigen Aktivitäten durch günstige Mietpreise der Gewerbeflächen, Erhalt des Stadtbildes (ein Stück Nordstadt bleibt erhalten!) und vielfältige Erfahrungen durch die Eigenleistungen und die Selbstverwaltung.

dige Aktivitäten zu erwarten und weil Onay gerne von einem kommunalen Flächenpool, Erbbaurechten und Umweltschutz spricht, müsste das oben dargestellte Konzept die volle Unterstützung beider Parteien haben.

Okay das war jetzt naiv – nur weil es was ökologisch klar besser und finanziell langfristig viel vernünftiger ist und es zu Wahlkampfaussagen passt, heißt das nicht das was in die Richtung passiert.

Wie kann das Bumke-Haus möglich werden?!

Aus Politik und Verwaltung werden keine Impulse zur Bewahrung des Bumke-Haus kommen, denn die verweisen derzeit darauf, dass es einmal einen privaten Investor gehört. Daher müssen wir in der Nordstadt selbst aktiv werden. Diesem privaten Investor muss klar gemacht werden, dass seine Planung hier nicht akzeptiert wird:

Wozu seine große Gewerbefläche im Erdgeschoss? Corona und Online-Handel werden doch zu gewissen Leerständen führen. Und seine Verkaufsflächen wären eh nicht vermarktbar, wenn wir alle die Geschäfte boykottieren würden. Wir wollen kein „Gerlachs Garden“, der vorwiegend aus exklusiven Eigentumswohnungen und zeitlich befristeten Sozialwohnungen besteht. Diese Mischung ist Ergebnis des von Gerlachs Gnaden eingerichteten Arbeitskreis, stellt aber KEINEN Kompromiss mit den Einwohner*innen der Nordstadt dar. Ohne Erhalt des Bumke-Hauses wird keine Akzeptanz möglich sein.

Und bei erheblichem öffentlichem Druck könnte sogar die Stadt Hannover das Bumke-Haus doch noch als Chance begreifen. Als ein Beispiel wie Wohnraum aussehen kann wenn er kollektiv, ökologisch und gemeinwohlorientiert gestaltet wird – und nicht als Ware zur Profitmaximierung dient.

Bumke selber machen

Klarer Sieg für Bumke-Haus: Aber ist das realistisch?

Dazu ein Zitat: „Ich würde mit ihm reden als Bürgermeister [...] ob er nicht einen Teil abgibt [...] wir brauchen auch die Kapazitäten des gemeinnützigen Wohnungsbaus, ja, ich würde schnell mit ihm reden [...], natürlich zu dem Kaufpreis den er selbst bezahlt hat: können wir das nicht machen über die Stadt?“ (Marc Hansmann OB-Kandidat der SPD). Nun wurde stattdessen der Grüne Belit Onay gewählt, der sich noch vornehm zurückhält. Aber da die SPD immer noch die größte Fraktion im Rat ist, sind bal-

Weitere Informationen findet ihr unter: bumkeselbermachen.noblogs.org



Fortsetzung von Seite 2:

Detailkritik. Zu 3). Es gibt zuletzt auch einige sehr konkrete Forderungen, z.B. das Bumke-Gebäude am Engelbosteler Damm wegen des hohen Erkennungswerts seiner markanten Architektur auf jeden Fall zu erhalten.

Eine weitere Forderung besteht darin, schwerpunktmäßig Wohneinheiten größeren Zuschnitts zu erstellen, damit kinderreiche Familien nicht ins Umland abgedrängt werden

(Hintergrund ist hier, dass der hannoveraner Standardschlüssel für geförderten Wohnraum relativ wenig größere Wohnungen vorsieht.) und Platz für Menschen mit besonderem Wohnbedarf geschaffen wird z.B. Alten- und Mehrgenerationen- Wohnungen.

Es ist laut Eckdatenpapier vorgesehen, die Dachflächen zu begrünen. Gefordert wird hier, diese Dächer als Erholungs- und Kommunikati-

onsmöglichkeiten für die Anwohner*innen nutzbar zumachen.

Letztendlich besteht die Forderung, auf dem Gelände einen Spielplatz für Kinder > 6 Jahre anzulegen. Nach dem bisherigen Stand der Planung ist dies zwar vorgesehen, kann aber auch durch Ertüchtigung eines bestehenden Spielplatzes in der Umgebung erfolgen. Der Nächstliegende ist südlich der TIB, also zwei Straßen weiter. Die Ersatzmöglichkeit ist daher auszuschließen.

All diese Einwände und Forderungen sind von Bürger*innen der Nordstadt eingereicht worden. Die große Zahl der angesprochenen Probleme zeigt, dass der aktuelle Planungsstand einer dringenden Verbesserung bedarf.

Wir werden sehen, ob davon etwas im Bebauungsplan und dem Städtebaulichen Vertrag wiederzufinden ist. Diese Dokumente werden nach ihrer Fertigstellung wieder öffentlich ausgelegt.

Wir werden sehen... (Bumke selber machen)

BAUEN, BAUEN, BAUEN!

Mehr Wohnraum, nicht mehr Klimakiller!

Das klingt logisch. Wir haben zu wenig Wohnraum, also muss wohl neuer gebaut werden.

Diese beliebte Forderung aus Immobilienwirtschaft und Politik hilft Wohnungslosen und Wohnungssuchenden mit Durchschnitts- oder niedrigen Einkommen wenig. Sie kann aber im Hinblick auf Klima und Natur verheerende Wirkungen entfalten.

Für die Gewinne der Spekulanten und Wohnungskonzerne, die teure Luxuswohnungen bauen, ist das „Bauen, bauen, bauen!“ allerdings sehr vielversprechend. Also werden durch ihre Neubauten Flächen versiegelt, die die Allgemeinheit für die Kühlung der Stadt im Sommer, den Hochwasserschutz und den Schutz der Natur dringend benötigt. Auch die Erzeugung enormer Mengen des Klimagases CO₂ durch die Transporte von Baumaterial und den Energieaufwand beim Bauprozess interessieren nicht. Ebenso wenig wie die Produktion neuer Pandemien und anderer Gesundheitsgefahren durch die Erhitzung des Klimas und das menschliche Eindringen in die Lebensbereiche von Wildtieren.

Wenn die Politik solche gefährlichen Auswirkungen eindämmen und trotzdem den dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum bereitstellen wollte,



Baustelle in der Tulpenstraße / Ecke Engelbosteler Damm

müsste sie die Konsequenz ziehen und das Bauen auf das Notwendigste eingrenzen.

Tatsächlich werden Wohnungen in Ballungsräumen gebraucht. Was also tun?

Die Politik muss die Probleme ernst nehmen und es sich nicht wie bisher

einfach machen, indem sie die Lösung von den Immobilienhaien erwartet, die mit dem Bau von Luxuswohnungen ihre Taschen am effektivsten füllen können. Die Allgemeinheit erwartet statt dessen von den Verantwortlichen, dass sie flächendeckend für Normalverdienende bezahlbare Mietobergrenzen setzen,

eine Bodenreform oder mindestens ein allgemeines kommunales Vorkaufsrecht für Immobilien vorantreiben, um diesen Markt unter Kontrolle zu bringen. Soziale Erhaltungssatzungen (Milienschutzsätzen) müssen in allen Gebieten mit Wohnungsmangel eingerichtet werden, so dass vorhandener be-

zahlbarer Wohnraum nicht mehr einfach aufgekauft und zu Mondpreisen vermietet oder weiterverkauft werden kann. Jeder Altbestand muss vor dem Abriss mit neutralen Gutachten geprüft werden, ob er nicht für Wohnzwecke erhalten werden kann, inklusive einer umfassenden Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit und der Erstellung einer Klimabilanz. Jeder Leerstand muss unterbunden, die vereinfachte Umwidmung ungenutzten Gewerbestraßens zu Wohnraum möglichst gemacht und Aufstockungen und der Ausbau von Dachgeschossen baurechtlich vereinfacht werden. Ausserdem muss Wohnungsaustausch bei gleichbleibenden Mieten organisatorisch und finanziell unterstützt und die Landflucht durch zügigen Ausbau der Digitalisierung verhindert werden.

Wo trotzdem noch Neubau erforderlich bleibt, sollten die Kommunen genossenschaftlichen Wohnprojekten Vorrang einräumen und in Eigenregie menschen- und klimafreundlichen Wohnraum errichten, der mit durchschnittlichen Einkommen bezahlbar ist. Darin muss ein so großer Anteil dauerhaft geförderten Wohnraums enthalten sein, wie er auch tatsächlich benötigt wird. Als bauliche Standardanforderung müssen klima- und umweltschonende Materialien, Wand- und Dachbegrünung sowie eine klimaneutrale Energieversorgung zum Einsatz kommen. (bsm)

DIE INTERNATIONAL CAMPUS AG LÄSST MIETPREISE WEITER IN DIE HÖHE SCHNELLEN

Über ein Jahr ist es her, dass wir gemeinsam mit der Kampagne Nordstadt Solidarisch vor dem „The FIZZ“ standen und den goldenen Miethai an die International Campus AG verliehen haben. Die Situation hat sich seitdem weiter verschärft – die Campus AG expandiert unaufhörlich. Mittlerweile sind sogar 3.800 Apartments in Betrieb und weitere 4.000 kommen in Kürze dazu. In 16 Universitätsstädten über Tschechien, Österreich, Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden verteilt vermietet die Campus AG Wohnraum zu horrenden Preisen. In Hannover steht das sogenannte „The FIZZ“ Studierendenwohnheim am Kläberberg 11.

Das Grundstück gehörte der Stadt Hannover und wurde im Jahr 2014 (Eröffnung des Hauses Anfang Oktober 2015) an die International Campus AG verkauft. Die International Campus AG ist als Entwickler, Investor und Betreiber von voll ausgestatteten Apartmenthäusern für Studierende aktiv. Das 2011 gegründete Unternehmen mit Hauptsitz in München arbeitet mit dem Geld privater Investoren. Für ihr Geschäftsmodell des Student Housing und Microliving wurde durch die Bauverwaltung der Stadt Hannover ein besonderer Bebauungsplan erstellt und das Projekt so genehmigungsfähig gestaltet. Unter der Marke THE FIZZ Innovation Camp GmbH betreibt die Firma das Studierenden Wohnheim in der Nordstadt.

Im November 2019 kostete hier ein 20m² Zimmer noch 561 €, inzwischen sind es sogar 591 €. Trotz des Quadratmeter Preises von 29,55 € bleibt die

Nachfrage hoch. Und das nicht, weil Studierende diese Beträge so einfach stemmen können, sondern weil es an Alternativen fehlt:

Bezahlbarer Wohnraum für Studierende wird meistens von Studentenwerken angeboten. In Hannover konnte das Studentenwerk im Wintersemester 2020/21 lediglich 2600 Zimmer zur Verfügung stellen. Bei einer Zahl von über 47.000 Studierende in Hannover reicht das Angebot bei weitem nicht aus. Anstatt einen Quadratmeter-Preis von 8 €,



wie bei dem Studentenwerk Hannover üblich, zu zahlen, müssen Studierende auf weitaus teurere Alternativen zurückgreifen. Mietpreise wie die im The FIZZ lassen den Mietspiegel der Nordstadt in die Höhe schnellen, wodurch sich auch andere Alternativen zum Studi Wohnheim zu unbezahlbarem Wohnraum entwickeln. Insbesondere Studis aus nicht akademischen Familien, die keine oder kaum finanzielle Unterstützung von ihrer Familie erhalten trifft diese Realität besonders stark.

Im Auge der Kritik stehen hier sowohl die Campus AG als auch die Landesregierung. Die Campus AG nutzt die

prekäre und alternativlose Lage der Studierenden mit einem hippen Anstrich aus, indem sie Profit aus der Miete schlägt. Auf der Website von The FIZZ wirbt das Unternehmen mit dem Slogan „vollmöbliert. Voll entspannt“ – von einem voll entspannten Wohnen kann bei diesen Preisen nicht die Rede sein. Im Durchschnitt leben Studierende laut der Sozialerhebung des Studentenwerks Hannover von 930€ im Monat, um im FIZZ wohnen zu können, müssten also knapp 66% für die Miete bezahlen werden. Neben dem Studium ist also ein Vollzeit Job notwendig, um sich die Miete im The FIZZ leisten zu können.

Anstatt dieses Problem anzuerkennen und die Förderung von Wohnheimen des Studentenwerk zu fördern, wird die finanzielle Unterstützung immer weiter runtergeschraubt, so dass die Studentenwerke keine Möglichkeit haben bezahlbaren neuen Wohnraum zu schaffen. Und dass, obwohl die Zahl der Studierenden massiv angestiegen ist. Während es 2011 an der Leibniz Uni noch knapp über 20.000 Studierende gab, sind es im Jahr 2021 über 30.000. Das Land Niedersachsen, mit der SPD und CDU-Regierung, sorgt also ganz bewusst dafür, dass Miethäuser wie die International Campus AG überhaupt die Möglichkeit haben, solche Mieten zu verlangen.

The FIZZ ist nur ein Beispiel von Vielen, die das Wohnen in der Nordstadt und darüber hinaus unbezahlbar machen und vor allem die ohnehin schon Abgehängten weiter zurücklässt.

ASTA Uni Hannover

+++ Ticker aus Hannover und darüber hinaus +++

Vormerken: Am 27.3. ist Housing Action Day. +++ Vom 7.-9.5 ist das Recht-auf-Stadt-Forum in Bonn +++ Im 2. Quartal wird das Urteil des Bundesverfassungsgericht zum Berliner Mietendeckel erwartet +++ Petition zum kommunalem Vorkaufsrecht übergeben: Über 44.000 Unterschriften für ein erweitertes, preislimitiertes Vorkaufsrecht werden von Vertreter*innen der Mieter*innen-Initiativen 23 Häuser sagen Nein, der Nachbarschaftsinitiative Bizim Kiez und des Berliner Mieterverein e.V. an die wohnungs- und baupolitischen Sprecher der Regierungsfractionen übergeben. Kommunen sollen durch Vorkauf mehr bezahlbaren Wohnraum sichern können, ohne selbst die Preissteigerungsspirale anzuhetzen. Die Petition startete Ende September auf der Petitionsplattform WeAct vor dem Hintergrund großer Immobilienpaketverkäufe sowie in Bezug auf das Baulandmobilisierungsgesetz. +++ Hanova baut in Linden-Süd „Tiny Houses“: 7,2 mal 3,9 Meter ist der Grundriss, die Kaltmiete soll bei 490 € liegen +++ Start der Sammelphase in Berlin: Im Jahr 2019 ging die Initiative „Deutsche Wohnen & Co Enteignen“ an den Start und erregte bundesweit Aufsehen. Durch einen Volksentscheid sollen mit 175.000 gültigen Unterschriften etwa 240.000 Wohnungen von Immobilienkonzernen vergesellschaftet werden. Die Möglichkeit dafür schafft der Artikel 15 des Grundgesetzes. Ein Erfolg der Initiative in Berlin wäre strategische Richtschnur bundesweit! Auch aus Hannover wird die Initiative unterstützt. Mehr Infos unter www.dwenteignen.de/bundesweit +++ Am 15.03.2020 liegt der Anteil leerstehender Wohnungen am Wohnungsbestand der Stadt Hannover bei 1,8% (5.223 Wohnungseinstände). PS: Die Stadt nimmt an, dass etwa 2% Leerstand für einen reibungslosen Wohnungswechsel erforderlich sind. (Wohnungsmarktbeobachtung 2019) +++ Die in den 70er Jahren errichtete Großwohnsiedlung in Mühlenberg ist ehemaliges öffentliches Eigentum (NILEG). 2005 privatisiert, haben Deutsche Wohnen, Vonovia und BAUM jahrelang Profite eingestrichen und die notwendigen Sanierungen unterlassen. Jetzt hat hanova im Auftrag der Stadt für viel Geld zurückgekauft und muss erst mal teurer sanieren. Tolles Geschäftsprinzip für die Immobilienkonzerne. +++ „Wie bekommen wir genug preisgedämpften Wohnraum?“ fragt sich Hannovers neuer Bau-Dezernent Vielhaber. Wir hätten da ein paar Ideen (die sich nicht auf die Namen „Wohnbauoffensive“ und „Investoren“ reimen)! Zudem schreibt die HAZ, dass es für Vielhaber dazu gehöre, „große Bauprojekte nicht ausschließlich in Ratsitzungen und vertraulichen Architektenwettbewerben zu verhandeln, sondern die Bürger stärker einzubeziehen, damit „die Stadt für alle lebenswert ist“ - Wir sind gespannt +++ Während es in Berlin heißt Deutsche Wohnen & Co Enteignen verkauft die namensgebende Aktiengesellschaft in Hannover und Laatzen 1215 (u.a. ehemalige gewerkschaftliche gemeinnützige) Wohnungen an die LEG (fun fact: ehemals Landesgesellschaft NRW). Auch deren Ziel ist klar: Rendite auf Kosten der Mieter*innen. In Hannover & Laatzen heißt es jetzt dann wohl bald: LEG Wohnen und co enteignen. +++ Immowelt berichtet: Spitzenplatz für Hannover beim Anstieg der Preise für gebrauchte Eigentumswohnungen +++ Immobilienbericht 2020 der Landeshauptstadt so: „Wohnimmobilienmarkt [zeigt sich] derzeit krisenfest und vergleichsweise unbeeindruckt von den Auswirkungen der Corona-Pandemie.“ Dann können die Anleger ja beruhigt sein! Aber die Warnung folgt: „Der Spielraum für Preissteigerungen für freifinanzierte Wohnungen ist aus Sicht der Projektentwickler und Wohnungsbauunternehmen nahezu ausgeschöpft.“ +++ Seit dem 1. Januar gilt in Niedersachsen wieder eine Mietpreisbremse. Die Verordnung in ihrer ursprünglichen Form war vom Landgericht Hannover gekippt worden. Wird z.B. in Hannover eine Wohnung neu vermietet, darf die Miete mit der Bremse höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. „Wir schaffen jetzt klare Verhältnisse“, sagte dazu Niedersachsens Bauminister Olaf Lies (SPD). +++ Derzeit werden Mieter*innen für den neuen Miet(erhöhungs)spiegel befragt. Die darin erhobenen Werte legen dann den Wert für die ortsübliche Vergleichsmiete fest, nach denen sich Mieterhöhungen bemessen. +++ (rsw)

EIN OFFENER BRIEF AN DIE POLITIK

Die Genoss_innenschaft WOGÉ Nordstadt e.G. geht weiter gegen Verdrängungen im Stadtteil vor

Im November 2020 veröffentlichte der Vorstand der WOGÉ einen offenen Brief an die Politik der Stadt Hannover, des Landes Niedersachsen und die Presse, in dem er fordert, ein Instrument zu implementieren, das gegen die Umwandlung von Wohnraum in Eigentumswohnungen wirkt.

Konkreter Anlass war der kurzfristig gescheiterte Kauf einer Immobilie in der Warstraße. Das Problem, dass die Genoss_innenschaft im Stadtteil beim Kauf nicht den Zuschlag erhält, besteht aber schon, seitdem die Nordstadt nicht mehr offizielles Sanierungsgebiet ist. Seither gab es eine Reihe von Immobilien, bei der die WOGÉ auf Grund der Marktsituation nicht mitbieten kann und auch gar nicht will, das ehemalige Gelände der Firma Bumke eingeschlossen.

Kurze Geschichte der WOGÉ

Die WOGÉ Nordstadt e.G. - Wohnungsgenoss_innenschaft in der Nordstadt - wurde 1989 als stadtteilbezogene Genoss_innenschaft als solche eingetragen, um langfristig bezahlbare Mieten zu sichern und um eine genossen_innenschaftliche Wohnkultur zu fördern sowie zur Sicherung von stadtteilspezifischen Wohnformen. Sie fußte auf den langjährigen Erfahrungen, die im Zuge der Sanierungen der Lindener Stadtteile gemacht wurden. Dort wurde 1983 die Wohnungsgenossenschaft Selbsthilfe Linden e.G. geschaffen.

Als eingetragene Genoss_innenschaft ist die WOGÉ sehr demokratisch - jedes Mitglied hat eine Stimme. Ihr Erfolg beruht auf dem Engagement vieler Leute. 2019 feierte die Genoss_innenschaft ihren 30sten Geburtstag. In ihrem Infobrief vom 20. Juni 2020 schreiben sie dazu: „das heißt 30 Jahre: - Sicherung stabiler Mieten - Mitbestimmung - Engagement für den Klimaschutz.“

Im Jahre 1987 wurde die Nordstadt offiziell zum Sanierungsgebiet. Viele Gebäude in dem Wohn- und Industrieviertel aus der Gründerzeit standen leer, die Erwerbslosigkeit war hoch. In dieser Situation war die Genoss_innenschaftsidee gepaart mit der: „[...] sogenannte[n] Muskelhypothek, mit der die Nutzerinnen und Nutzer einen Teil der Baukosten als Eigenleistung beitragen“ gerade für Menschen mit geringem Einkommen eine Perspektive auf Eigenständigkeit im Bereich Wohnen.

Doch seit dem Abschluss des Sanierungsprogramms im Jahr 2008 entfiel diese Option: „Sanierungsprojekte in Selbsthilfe mit Bewohnergruppen ohne eigenes Kapital sind in der Art nicht mehr möglich. Auch weitere Neubauten als Projekte mit Eigenarbeit können aufgrund der veränderten Förderungs Lage nicht mehr realisiert werden.“

Ein Projekt, das die WOGÉ nach dem Ende der Sanierung verwirklichen kann, ist die 2020 gekaufte Immobilie in der Turmstraße in Hainholz. „Auf Grund des überzeugenden Konzeptes und der in der Präsentation dargestellten Projekte der Genossenschaft hat sich der Kirchenvorstand und die Landeskirche für den Verkauf an die WOGÉ ausgesprochen.“

Wohnungspolitik

Kompetente Akteur_innen für preiswerten, bedarfsgerechten Wohnraum - wie die WOGÉ - nicht zu nutzen, kennzeichnet die verfehlte Wohnungspolitik der Stadt Hannover deutlich. Wenn Gebäude und Boden an den Meistbietenden gehen, sind die Folgen absehbar. So schaffen die politischen Rahmenbedingungen die Grundlage für immer mehr teuren Wohnraum.

Reaktionen

Dementsprechend sind die Reaktionen der Angeschriebenen auf den offenen Brief bis zur Drucklegung dieser Zeitung: KEINE. (rsW)





Wohnungsgenossenschaft
WOGÉ Nordstadt eG
Edwin - Oppler - Weg 5
D - 30167 Hannover
Telefon: 0511 / 71 48 44
Fax: 0511 / 800 77 20
E-Mail: info@woge-nordstadt.de
Web: www.woge-nordstadt.de

Wohnungsgenossenschaft WOGÉ Nordstadt eG

24. November 2020

Seite 2

Offener Brief an die Politik
der Landeshauptstadt Hannover,
des Landes Niedersachsen und
die Presse

Ihr Zeichen: Unser Zeichen: Hannover, den 24. November 2020

Betr.: Umwandlung von Mietshäusern in der Landeshauptstadt Hannover

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im letzten Jahr hatte die Wohnungsgenossenschaft WOGÉ Nordstadt e.G. anlässlich Ihres 30-jährigen Bestehens ein Dialogforum veranstaltet. Hierbei haben wir auf die seit Jahren stattfindende Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen hingewiesen. Erfreulicherweise waren viele Personen aus Politik und Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover anwesend. Im Nachgang fanden weitere Diskussionen und auch eine Anhörung im Bezirksrat Nord statt, nur leider sehen wir derzeit keine weiteren Fortschritte in Hinblick auf die genannte Problematik.

Seit Jahren beobachten wir auch in der direkten Arbeit als Architekten, dass in der Landeshauptstadt Hannover Mietshäuser aufgekauft, in Eigentumswohnungen umgewandelt und dadurch angestammte Mieter aus den Stadtteilen verdrängt werden. Es wäre sicherlich für die Stadtgesellschaft interessant von der Verwaltung zu erfahren, wie hoch die Anzahl der umgewandelten Gebäude tatsächlich ist.

Als stadtteilbezogene Genossenschaft beobachten wir dies in der Nordstadt und haben in den letzten Jahren öfter versucht, besorgten Mietern von Häusern, die zum Verkauf standen, als Alternative zur Verfügung zu stehen. Durch entsprechende Modernisierungen würden wir genauso Investitionen tätigen und das regionale Handwerk einbinden wie „klassische“ Investoren, jedoch gleichzeitig dafür sorgen, dass die Mieten langfristig stabil bleiben.

Bei dem Geschäftsmodell der Umwandlung wird jedoch der Einstiegspreis regelmäßig über den tatsächlichen Wert (Verkehrswert) der Immobilien getrieben, so dass die Genossenschaft hier nicht mitbieten kann.

Hiermit wenden wir uns aufgrund eines erneuten aktuellen Falles bei uns in der Hannoverschen Nordstadt auf diesem Wege an Sie und die Öffentlichkeit. Wir haben uns seit Anfang des Jahres darum bemüht, ein Nachbargebäude in der Warstraße zu erwerben. Obwohl die Eigentümer zunächst dem Verkauf an unsere Genossenschaft gewogen waren, kommt wohl auch hier das Geschäftsmodell „Eigentums umwandlung“ zum Zuge. Inzwischen haben die MieterInnen Kündigungen erhalten und sich an die WOGÉ gewandt.

Es ist an der Zeit das in anderen Städten praktizierte Instrument der Erhaltungssatzung mit Umwandlungssperre für Kommunen mit erhöhtem Wohnraumbedarf und besonders belastete Stadtteile auch bei uns anzuwenden, um die Mieter entsprechend zu schützen. Zur Erhaltung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft muss die Politik dringend handeln und Gestaltungswillen zeigen.

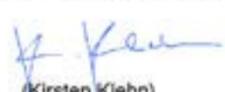
Auch die Bundesregierung hat schon auf diese Problematik reagiert: „Hervorzuheben ist vor allem die Einführung eines Umwandlungsverbotes in Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten (§ 250 BauGB). Danach ist die Begründung von Wohnungs- oder Teileigentum in diesen Gemeinden bzw. in bestimmten Gebieten bei „bereits bestehenden Wohngebäuden“ genehmigungspflichtig. Die Gebiete, in denen der Genehmigungsvorbehalt gilt, sind von den Landesregierungen in einer Rechtsverordnung zu bestimmen.“ : (<https://zl-legal.de/entwurf-des-baulandmobilisierungsgesetz-2020-umwandlungsverbot-und-andere-neuerungen/>)

Wir hoffen, dass die Landeshauptstadt Hannover der besonderen Problematik der Situation des Wohnungsmarktes in der Nordstadt entgegenkommen und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und -initiativen zukünftig stärker bei ihrem Einsatz für bezahlbare Wohnungen unterstützen wird.

mit freundlichen Grüßen
der Vorstand der Wohnungsgenossenschaft WOGÉ Nordstadt e.G.



(Friedhelm Birth)



(Kirsten Klehn)



(Ulrich Müller)

Verteiler:
Oberbürgermeister, Stadtbaurat, Bezirksrat Nord und Bauausschuss der Landeshauptstadt Hannover, Bauminister und Bauausschuss des Landes Niedersachsen, HAZ und NDR



Was erlauben Stadt ?

Eine weitere Initiative zu Mieten/ Nordstadt ist die 2020 gegründete Aktion „Was erlauben Stadt?“ Die Initiative befasst sich mit den Verstrickungen von Vermietern und Hausverwaltungen beim Geschäft mit Schrottimmobilien in

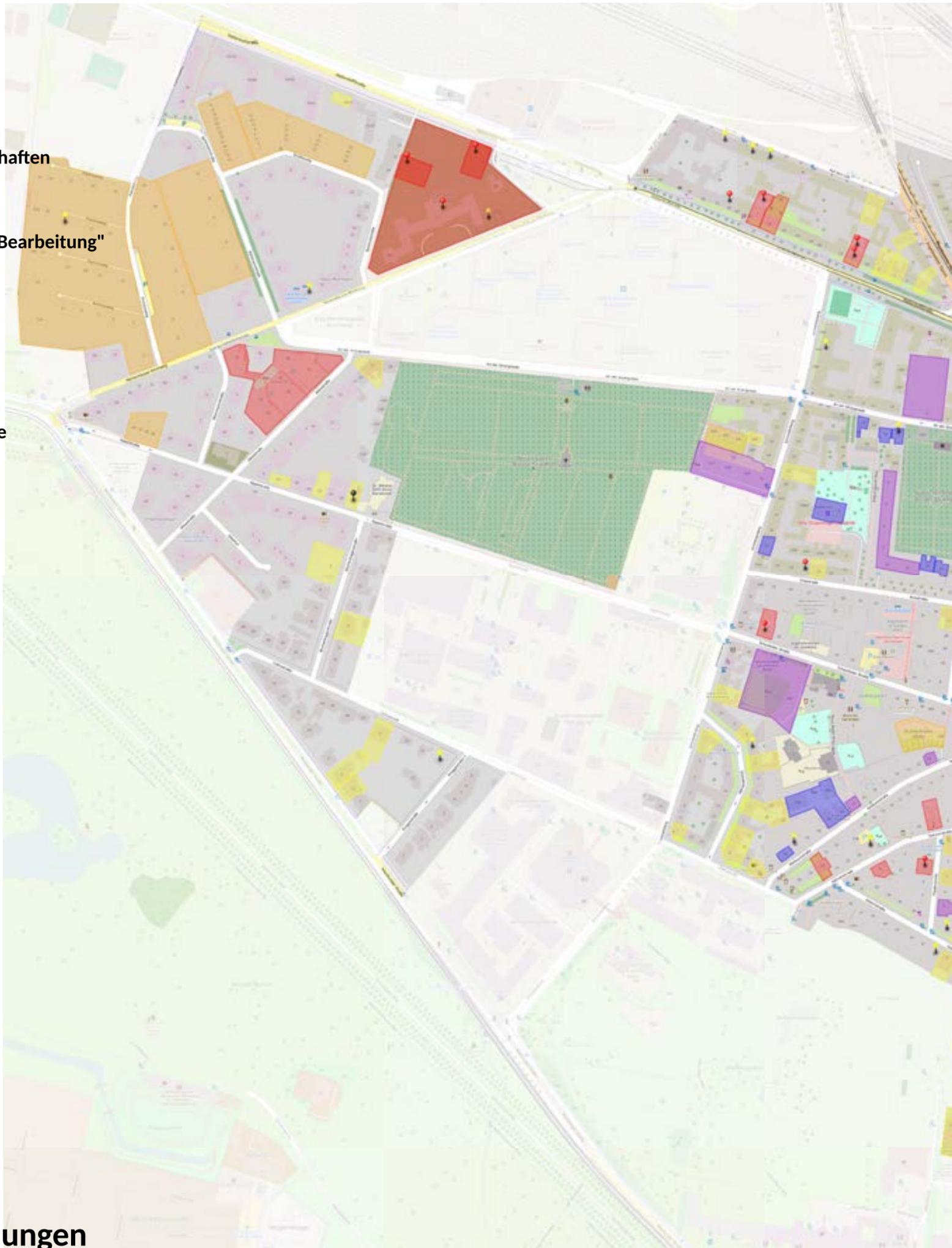
Hannovers Nordstadt. D.h. mit der Variante, nix investieren, aber viel Miete kassieren. Bekannt ist die Initiative durch das schöne „Ratten-Sofa“ bei der entsprechender Aktion vor dem Amtsgericht und dem Auftritt bei dem Open-Air-Kino im Welfengarten (August 2020). Das Anlass gebende Haus am

E-Damm war mehrfach in der Presse, im Endeffekt wurde dann die Zwangsäumung der kritisierenden Mieterin durchgesetzt (wegen angeblich fehlerhaften Mietrückständen). Eine filmische Dokumentation ist in Planung, den Trailer gibt es schon. (rsW)

Mehr Informationen auf der Facebook-Seite:
<https://www.facebook.com/Haveyouseenmyhausmeister/>



-  Genossenschaften
-  Hanova
-  Eigentumsgemeinschaften
-  Einfamilienhäuser
-  Investoren bzw. "in Bearbeitung"
-  Ereignisse
-  Goldener Miethai
-  Ferienwohnungen
-  Besondere Angebote



Kurzmeldungen

Aktuell werden in der Nordstadt über 60 Wohnungen (einzelne Zimmer nicht mitgezählt) über **Airbnb** und anderen Plattformen zur Übernachtung oder Kurzzeitmiete angeboten. Z.T. sind ganze Häuser in Apparthäuser (Oberstr. 8 in sieben Wohnungen, Herrenhäuser Kirchweg 16 in fünf Wohnungen, Tulpenstr. 10 in mindestens sechs) umgewandelt worden.

Ein einträgliches Geschäftsmodell ist auch die **Einzelzimmer-Vermietung in eigens dafür gegründeten WGs**. „Marktführer“ auf diesem Gebiet scheint in Hannover die Fa. Krasemann Immobilien Beratung & Vermittlung GmbH zu sein. Nachdem sie Anfang 2019 mindestens 5 Wohnungen in der von ACCENTRO sanierten Gerberstr. 14 derartig vermarktet haben, haben sie auch in der Nordstadt Fuß gefasst: in der Kniestr. 22 sind mindestens vier Wohnungen, in der Haltenhoffstr. 14 mindestens zwei Wohnungen und in der Haltenhoffstr. 12 mindestens drei Wohnungen von diesem Geschäftsmodell betroffen.

Gundlach hat dieses Geschäftsmodell inzwischen auch entdeckt. Am Engelborsteler Damm 13 ist mindestens eine Wohnung derart vermietet.

Die **Asternstr. 24** wurde letzten Sommer **komplett entmietet und „energetisch saniert“**, wobei die Rückwände des Hauses seitens des Hauses Im Moore 28 ungedämmt blieben. Verantwortlich für diesen Pfusch ist die Fa. Kratzsch Immobilienhandel GmbH, ein Hannoveraner Unternehmen, das sich der „Revitalisierung und Aufteilung von Wohneigentum“ verschrieben hat und sich damit brüstet, seit 2003 über 30 Mehrfamilienhäuser „entwickelt“ und dabei über 150 Eigentumswohnungen geschaffen zu haben.

Hanova, die kommunale Wohnbaugesellschaft, von der man eigentlich erwarten könnte, dass sie eine bürger*innenfreundlich gestaltete Mietpolitik betreibt, beteiligt sich inzwischen auch als Mietpreistreiber. In der Kopernikusstr. 7B sind Einzimmerwohnungen errichtet worden, die z.Z. für etwa 13€/m² + NK angeboten werden. Am Klagesmarkt 17 liegen die Mieten, auch für Mehrzimmerwohnungen zwischen 13€/m² und 16€/m². Was das für den Mietpreisspiegel bedeutet, ist wohl klar...

Ach ja, in der Schaufelder Str. 29 hat Hanova letzten Herbst eine B-Schein-Wohnung für schlanke 8,25€/m² angeboten.

Dass Kleinwohnungen ein lukratives Geschäft sind hat auch Burimi Bau entdeckt. Diese Firma hat letztes Jahr die Heisenstr. 21 erworben und **komplett entmietet**. Jetzt sollen hier **Studierendenapartments entstehen**.

Kleine Randnotiz zu **Charlottes Garten**: zwei der neu zu errichtenden Gebäude sind von Bouwlands Property Development an dritte Investoren weiterverkauft worden.

Das Haus mit den geförderten Wohnungen wurde von NBT Invest GmbH&Co KG übernommen, ein anderes Gebäude wurde vom Familien-Office der Familie Andritschke-Urban übernommen. Letzterer Investor erwartet Kaltmieten von 15€/m².

Wer meint, das Charlottes Garten die Spitze des Wohnungspreises in der Nordstadt darstellt, hat übersehen, dass bereits vorletztes Jahr in der Appelstr. 18 eine Wohnung für gerade mal 1.100.000€ angeboten wurde.

Jenseits aller Mietspiegel bewegen sich **möblierte Wohnungen**. Dort sind hohe Mieten zu erzielen. In der **Appartanlage „The FIZZ“** Am Kläperberg 11 zahlt man ca. 21,5€/m² + üppiger Nebenkosten + Verwaltungsgebühren. Wer etwas knapper bei Kasse ist, muss versuchen, bei der Wohnbaugenossenschaft Herrenhausen in der Brühlstr. 11 A-F unterzukommen. Dort zahlt man 15€/m² + NK für Einzimmer- und 12€/m² + NK für Mehrzimmer-Wohnungen. Wer es edel haben möchte kann ins **„Student One“** am Weddigenufer 2 ziehen - für eben mal 25 - 27,50€/m².

Kleine Anekdote aus der Lilienstr. 23, ist schon etwas länger her. Da wurde eine 4-Zimmerwohnung für 8,53€/m² angeboten. Die Hausverwaltung ist wohl derart von Interessenten überrollt worden, dass sie dieselbe Wohnung gut zwei Wochen später nochmal angeboten haben - für 10,43€/m². Jaja, der Markt und seine Segnungen...

Habt ihr weiteres Infos? Schreibt an:
wemgehoertdienordstadt@gmx.de

WEM GEHÖRT DIE NORDSTADT?

...das haben wir von Bumke Selber Machen uns gefragt und mangels offizieller Informationen eigene Recherchen angestellt.

Ziel war dabei, Transparenz zu schaffen, wie die Eigentumsstruktur in der Nordstadt ist, d.h. in wieweit Investor*innen aktiv sind, wieviele Mietshäuser bereits in Eigentumswohnungen umgewandelt sind, sprich: wie weit die Gentrifizierung in der Nordstadt fortgeschritten ist.

Das bisherige Ergebnis unserer Marktbeobachtungen und Nachbarschaftsbefragungen könnt Ihr Euch unter

u.osmfr.org/m/328831 (ohne www. davor!) oder unter <https://bumkeselbermachen.noblogs.org/karte> anschauen.

Die Karte ist interaktiv, d.h. beim Anklicken der einzelnen Markierungen gibt es weitere Informationen zu Investor*innen, Ferienwohnungen und bemerkenswerten Ereignissen.

Die hier abgedruckte Karte stellt unseren Wissenstand von Januar 2021 dar, wird aber ständig aktualisiert. Das heißt: Ihr könnt mitmachen! Wenn Ihr irgendwas wisst, was auf dieser Karte eingetragen sein sollte (Investor*innen, Besitzwechsel, Umwandlungen, chronische Leerstände etc.) - teilt es uns mit! Per Email an wemgehortedienordstadt@gmx.de



Helft uns Transparenz zu schaffen!

Hannover in Zahlen

	2011	2019	Veränderung
Einwohner*innen	515.377	543.319	5,42 % →
Haushalte	285.874	298.356	4,37 % →
Wohnungsbestand	289.437	298.085	2,99 % →
geförderte Wohnungen	24.971	19.755	- 20,89 % ↓
Mietspiegelmiete	5,82 €	6,91 €	18,73 % ↑
Angebotsmiete	6,19 €	8,86 €	43,13 % ↑
Fördermiete	5,60 €	5,80 €	3,57 % →

Wem gehört in Hannover was?

Gemeinschaft von Wohnungseigentümern*innen	27,17 %
Privatperson/-en	41,47 %
Wohnungsgenossenschaften	10,35 %
Kommunale Wohnungsunternehmen (hanova, ZVK)	5,90 %
Privatwirtschaftliche Wohnungsunternehmen (Vonovia, Gundlach, Meravis, etc.)	9,07 %
Andere privatwirtschaftliche Unternehmen	3,42 %
Bund oder Land	0,23 %
Organisation ohne Erwerbszweck (z.B. Kirche)	2,40 %

Erläuterungen:

Geförderte Wohnungen: Dürfen für die Dauer der Miet- und Belegungsbindung nur an Personen mit geringem Einkommen vermietet werden. Dafür erhalten Investor*innen von Stadt, Region oder Land eine Förderung. Nach Auslaufen der Bindung kann die Wohnung aber „frei vermarktet“ werden. Deshalb ist der Status „Sozialwohnung“ allein nur eine mittelfristige Entlastung im Wohnungsmarkt.

Mietspiegelmiete: Für die Erstellung eines Mietspiegels wurden bisher nur Mieten berücksichtigt, die in den vorangegangenen 4 Jahren erhöht oder neu festgelegt wurden. (Dabei gibt es zahlreiche Ausnahmen, wie Mieten bei möblierten Wohnungen). Damit bilden nur

die tendenziell höheren Mieten der jüngsten Vergangenheit den Wert, der als ortsübliche Vergleichsmiete gilt. Auf angespannten Wohnungsmärkten wie in Hannover erhöht diese Methode den Druck auf die Mieten. Der neue Mietspiegel 2020 berücksichtigt nun einen Zeitraum von 6 Jahren.

Angebotsmiete: inserierte Mietwohnungen bei Neu- und Wiedervermietung

Eigentumsverhältnisse zum Vergleich:

In Darmstadt liegt der Anteil an kommunalen Wohnungen bei 16,5 %, in Frankfurt am Main sind es 15 % und in Bremen immerhin

10,5 % (DGB-Region Niedersachsen-Mitte: Bezahlbarer Wohnraum für eine lebenswerte Stadt.) (rsw)

Quellen:

Wohnungsmarktbeobachtung in der Landeshauptstadt Hannover 2019. Schriften zur Stadtentwicklung 137 (2020)

Lagebericht zur Stadtentwicklung 2019. Schriften zur Stadtentwicklung 136 (2020)

<https://e-government.hannover-stadt.de/lhsimwebre.nsf/DS/15-0884-2019F1>
Eigentumsformen nach Zensus 2011, © Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014).

NORDSTADT SOLIDARISCH

oder damit aus Miethaien endlich Fischstäbchen werden



Die Initiative ‚Nordstadt solidarisch‘ entstand Anfang 2019 und seitdem kämpfen wir gemeinsam gegen teure Mieten und Verdrängung aus unserem Stadtteil. Ausgangspunkt war die Demonstration im November 2018 „Unsere Wohnungen sind nicht verhandelbar“. Ein kurzfristiges Ziel ist es, unseren Stadtteil für kommerziell orientierte Investor*innen unattraktiv zu machen. Mittelfristig wollen wir eine Welt, in der Wohnen ein Grundrecht ist und keine Ware.

Rückblick: Der „Goldene Miethai“

Bekannt geworden sind wir im Verlauf des Jahres 2019 insbesondere durch die Verleihung des Negativpreis ‚Goldener Miethai‘ an besonders dreiste Akteur*innen der Immobilienbranche. Der Preis in Form eines goldgefärbten Plüschhais wurde jeweils in einer öffentlichen Aktion (mal angemeldet als Demonstration, in der Regel unangemeldet dann mit 50-80 Leuten) vor Ort überreicht oder hinterlassen. Hier der Schnelldurchlauf aller „Ausgezeichneten“:

Juli:

den klassischen Miethai für Wuchermieten bekam die Firma Campo-Immobilien für die absurde Miethöhe von 26 €/qm kalt in der Heisenstraße.

August:

B & T Immobilien bekam den „Entmietungshai“ in der Lilienstraße, da die Firma um Kapitalanleger für Wohnungen mit Strategien für Mieterhöhungen von 65% warb und gleichzeitig die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen betreibt.

September:

Thomas Klinke Immobilien bekam den goldenen „Immobilien-Hai“ für die Vermarktung von Charlottes Garten (Gelände der ehemaligen Landesfrauenklinik), wo das knappe Bauland für Eigentumswohnungen zu Höchstpreisen (bis zu 7000 Euro/qm) statt für „Wohnraum für alle“ verschwendet wurde.

Oktober:

hier gab es den „Zweckentfremdungs-Hai“ an Mikhail Bievetskiy, der in der Tulpenstraße Wohnungen entmietete, um diese dann über Webportale zu hohen Preisen für Kurzzeitvermietungen (34€/qm) anzubieten.

November:

die International Campus AG wurde ausgezeichnet, da diese Am Kläberberg unter dem Namen „the Fizz“ Kleinstwohnungen an Studierende vermarktet, Preis: bis zu 43€/qm.

Dezember:

Nachdem die ersten fünf Preise an Investor*innen und Immobilienfirmen gingen, wurde der sechste Hai zum Jahresabschluss an diejenigen verliehen, die für die wohnungspolitischen Rahmenbedingungen verantwortlich sind. Preisträger*innen des Goldenen Miet-hais im Dezember waren der Stadtrat und die Verwaltung der Stadt Hannover. Die politischen Repräsentant*innen Hannovers wurden damit für ihre verfehlte Wohnungspolitik und jahrelange Ignoranz zu diesem Thema ausgezeichnet.

Der Mega-Miethai des Jahres 2019 ging dann übrigens per Publikums-Abstimmung über die bisherigen sechs Preisträger*innen bei der Abschlusskundgebung an der Lutherkirche an die Stadt Hannover, denn es ist die Stadt Hannover, die genau die Rahmenbedingungen schafft, die weitere Mietsteigerungen ermöglicht und infolgedessen Verdrängung und Obdachlosigkeit entstehen.

Mit dem Goldenen Miethai haben wir verschiedene Aspekte von Gentrifizierung öffentlich machen und in die Medien bringen können. Wir haben mit den Aktionen Menschen zusammengebracht, die sich vorher nicht gegenseitig unterstützt haben. Insgesamt war der Goldene Miethai ein erfolgreicher Protest, der auf Probleme aufmerksam gemacht hat. Aber was erreichen wir wirklich mit solchen Aktionen? Mit solch bunt-kreativen Aktionen allein erreichen wir jedenfalls zu wenig. Die voranschreitende Zurichtung des Stadtteils für einen kapitalgesteuerten Wohnungsmarkt wird nicht einmal gebremst. Von einem wirklichen Widerstand, der etwas verhindert, ist dies weit entfernt.

Auch deshalb haben wir den „goldenen Miet-Hai“ als monatliche Aktion eingestellt. Dabei gab es leider eine lange Warteliste weiterer möglicher Preisträger*innen: von A wie Aktienkonzern (Vonovia ist auch in der Nordstadt tätig) bis Z wie Zweckentfremdungen (inkl. spekulativem Leerstand). Die Beispiele wurden 2020 jedenfalls nicht weniger, Haus um Haus wird weiter zu „Marktbedingungen“ verkauft. Viele Menschen wissen nicht, wie sie ihre Mieten bezahlen sollen und haben existenzielle Ängste. Zwangsräumungen und Obdachlosigkeit sind auch in Coro-

na-Zeiten Alltag. Wohnungsnot und Verdrängung haben System.

Wie geht es weiter?

Viele Rahmenbedingungen werden durch Handeln oder Nicht-Handeln auf unterschiedlichen politischen Ebenen geprägt. Wir als ‚Nordstadt solidarisch‘ führen keine Gespräche mit Berufspolitik*innen. Sie stehen für die Machtverhältnisse gegen die wir uns wehren. Unsere Aufgabe muss sein, ihnen Druck zu machen! Sie stehen auf der anderen Seite der Barrikade. Es reicht nicht, Appelle an die Mächtigen zu richten. Stattdessen müssen wir uns selbst ermächtigen und handlungsfähig werden. Um etwas gegen Verdrängung zu erreichen, brauchen wir eine radikale Mietbewegung, die offensiv Macht- und Besitzverhältnisse in Frage stellt.

Wir verhindern die Fehlentwicklungen erst, wenn wir weiter lernen, uns trotz unserer Unterschiede gemeinsam zu wehren. Wir erleben, dass viele Leute Angst haben, ihr Maul aufzumachen, dass sie eingeschüchtert und ratlos sind. Das zu ändern, muss Ziel unserer Praxis sein! Nun hat auch uns im Jahr 2020 Corona ausgebremst, da wir unsere Funktion als offenes Treffen und Anlaufstelle nur eingeschränkt oder gar nicht erfüllen konnten.

In welchen Handlungsfeldern wir tätig werden, wird weiter von den konkreten Geschehnissen und Aktionswillen im Stadtteil abhängen:

- Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen muss gestoppt werden, es muss deutlich gemacht werden, dass solche Häuser nicht einfach frei werden und jetzt moralisch sauber zu Höchstpreisen vermarktet werden können. Dort wohnen Leute, z.T. schon lange und zu für sie bezahlbaren Mieten. Sie werden mit unterschiedlichsten Methoden entmietet.
- Auch das Kleingewerbe gehört zu unserem Stadtteil, aber auch hier drohen Verdrängungen zu Gunsten lukrativerer Geschäfte (Beispiel in Linden ist z.B. Mr. Tang an der Limmerstraße, der einer Kette weichen musste). Dann darf der Neue dort eben kein Geld verdienen. Erster Schritt: boykottieren.
- Kündigung wegen Eigenbedarf? Eigenbedarf zum Wohnen haben wir

selber! Dazu müssen wir aber klar machen, dass wir hier nicht der nette Szene-Kiez von Nebenan sind, der als geduldige Vermarktungskulisse dient und Kündigungen duldet. Erster Schritt ist das öffentlich machen solcher Personen. Das ist effektiver als eine Immobilienfirma „auszuzeichnen“, der ziemlich egal ist, wie wir sie finden. Herzlich unwillkommen in der Nachbarschaft!

- Aber auch Verantwortliche der Immobilienbranche haben Namen und Adressen ... und Social-Media Profile, die wir Ihnen versauen können ... z.B. um ihr Image als seriöse „Verkäufer*innen“ zu ruinieren. Die Bewertungsportale sind heute eine Visitenkarte. Da solche Vermieter*innen und Makler*innen wirklich unehrliche Geschäftspraktiken und überbeuerte Preise haben – ist es naheliegend dies öffentlich zu dokumentieren.

Eine Lehre aus dem Miet-Hai:

wir müssen bei den einzelnen Themen länger hartnäckig am Ball bleiben statt nur in kleinen Einzelaktionen kurzfristige Aufmerksamkeit zu erzielen. Wir müssen in die Offensive: Wohnraum muss Profitmechanismen entzogen werden. Wohnungen sollen den Menschen gerade in Corona-Zeiten ein sicheres zu Hause bieten und nicht dem Reicher werden der Reichen dienen! Wir wollen keine „Stadt der Reichen“, sondern Wohnraum für Alle. Mehr Wohnraum kann durch Aneignung des vorhandenen Leerstandes entstehen. Deshalb unterstützen wir Kampagnen wie „Sonst besetzen wir!“. Außerdem: Neubau gehört in gemeinwohlorientierte Hände. Was wir nicht brauchen, sind Luxuswohnprojekte wie „Charlottes Garten“ oder „Gerlachs Garten“ auf dem Bumke-Gelände. Während die Stadtverwaltung solche exklusiven Bauprojekte unterstützt, legt die Stadt eine bemerkenswerte Realitätsferne an den Tag, wenn es um das Thema steigende Mieten, Umwandlung, Verdrängung von Menschen aus den Stadtteilen und Obdachlosigkeit geht.

Auf die Politik zu hoffen ist weltfremd. Lasst uns selbst nach Wegen suchen, wirklich etwas zu verändern! Organisieren wir uns selbst, in den Häusern in denen wir wohnen, in den Straßen auf denen wir tagtäglich gehen

– und auch mit den Menschen, die wir sonst übersehen.

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass aus Protest Widerstand wird!

Unser monatliches Treffen bietet die Möglichkeit zum Austausch von Betroffenen, die mit den Problemen des Wohnungsmarktes zu kämpfen haben. Es dient als Aktionsplattform für alle, die sich informieren und solidarisieren möchten, um gemeinsam Strategien zu entwickeln und kollektiv zu handeln. Wir freuen uns auf Euch.

Wir können keine Rechtsberatung ersetzen, möchten aber doch eine Anlaufstelle bieten, um Betroffene bei konkreten Problemen mit Vermieter*innen zu unterstützen, sei es durch eine erste Einschätzung, die Weitervermittlung an kompetente Stellen oder der Herstellung von Öffentlichkeit. Was dann jeweils sinnvoll ist, hängt vom Einzelfall und der Einschätzung der Betroffenen ab. Zudem möchten wir Informationen über Entwicklungen im Stadtteil sammeln. Wir sehen dies Treffen als Ort der Selbstorganisation im Stadtteil, aber nicht als Bühne für parteipolitische Aktivitäten.

Wir machen keine Lobby-Politik und appellieren nicht an den Stadtrat. Wir versuchen die Sache selber in die Hand zu nehmen und uns und andere stark zu machen, damit sie sich wehren können. Wir wollen eine solidarische Stadt. Dass uns die nicht geschenkt wird, ist klar. Sie kann nur aus unseren gemeinsamen Kämpfen entstehen. Machen wir uns auf den Weg!

Nordstadt solidarisch (Januar 2021)



Sobald es die Corona-Bedingungen zulassen, treffen wir uns wieder immer am 2. Dienstag jeden Monats. Termine findet ihr dann wieder auf der hannöverschen Terminseite rauszeit. Weitere Informationen auch über Twitter (@167Solidarisch) und oder insta (167solidarisch): Gerne könnt Ihr Euch auch per Mail melden: nordstadtsolidarisch@riseup.net



Nachtrag zum Goldenen Mietthai des Juli 2019:

die ausgezeichnete Wohnung in der Heisenstr. 3 wird seit Frühsommer, 20 nicht mehr von Campo Immobilien sondern von der F&F GbR in Langenhagen angeboten. Letztere hat im November den Preis um 20€ auf 680€/26,5m² gesenkt. Echter Fortschritt so was ...

Nachtrag zum Goldenen Mietthai des Oktober 2019:

In der Tulpenstr. 10, bietet die Innovations GbR in Monteurswohnungen insgesamt 22 Schlafplätze „in Einzel- und Etagenbetten“ an. Wenn das mal nicht die Nachfolgeorganisation der Mihail Bievetskiy Immobilien GmbH ist... Außerdem ist das Haus unter dem Namen „Nordstadt Superior“ als Aparthotel auf mehreren gängigen Übernachtungsplattformen zu finden. Inzwi-

schen hat sich der Übernachtungsbetrieb auf mindestens 6 Wohnungen ausgebreitet. Die ursprünglichen Mieter haben sich wahrscheinlich wegen der Lärmbelästigung durch die Gäste nah und nach vergraulen lassen. Die Situation ist bereits länger bekannt: www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/uebersicht/Hannover-Vermieter-machen-immer-mehr-Mietwohnungen-zu-Ferienapartments

Verleihung des Goldenen Mietthais im Oktober 2019



WIR HABEN BESETZT! UND JETZT?

Wir haben besetzt!

Am 5. Dezember machten wir, was wir angekündigt hatten: wir besetzten Häuser. Während 800 Menschen unter dem Motto „Jetzt besetzen wir!“ unsere Ziele mit einer Demonstration unterstützten, öffneten andere mehrere leerstehende Häuser an der Schulenburg Landstraße, die der Stadt Hannover gehören, damit Wohnungslose dort einziehen können. Bis in den kalten Abend konnten 2 Häuser besetzt gehalten werden – umzingelt von ein paar hundert Polizist_innen. Dann wurde geräumt, eine Haustür eingerammt, Menschen kontrolliert, Personalien aufgenommen. Die Hoffnung auf eine warme und würdige Unterkunft hatte sich zerschlagen – die Stadt Hannover, der die Häuser gehören, verweigerte sich dem Gespräch. Sie ließ räumen. Bürgermeister Onay wärmte sich zur selben Stunde den Bauch woanders und nahm, desinteressiert an unserer Aktion, irgendeine Auszeichnung entgegen. Die Häuser stehen wieder leer, Wohnungslose frieren und sterben wie eh und je auf den Straßen. War alles vergebens? Nein, denn die Geschichte von „Sonst besetzen wir!“ ist eine Geschichte des Widerstands gegen die herrschende Normalität. Wir haben zusammen etwas möglich gemacht, dass Kraft für weitere Kämpfe geben kann. Was es braucht, um lebenswerte Perspektiven gegen die menschenverachtende Politik der Stadtverwaltung durchzusetzen? Mehr Solidarität, Mut – mehr Menschen die sich zu handeln trauen.

Selbstbestimmte Einzelunterbringung für alle Wohnungslosen!

Im Herbst 2020 kamen wir zusammen. Einige sind bei „Nordstadt Solidarisch“ aktiv, andere sind Wohnungslose, die die Schnauze voll haben von den leeren Versprechen der Stadtpolitik, manche engagieren sich solidarisch für Wohnungslose. Was uns eint, ist der Wille, etwas Konkretes zu tun, um die Situation Wohnungsloser zu verbessern. Wir wissen, dass Appelle an die Politik nichts nützen. Monatelang hatten Wohnungslose Gespräche geführt, Briefe geschrieben, Demos und Proteste organisiert. All das hatte nichts gebracht.

Leute wurden aus den Corona-Notunterkünften geschmissen, es blieben (bis heute) nur die unwürdigen Massenunterkünfte, in denen es keine Privatsphäre gibt, keinen sicheren Ort, um das letzte Hab und Gut einzuschließen, keinen Platz um Ruhe zu finden, um Krankheiten auskurieren zu können; keinen Ort, um sich sicher fühlen zu können. Es musste was passieren.

Eines war schnell klar: wir müssen es selber machen. Sich gegen die Zustände zu wehren wird immer Sache derjenigen bleiben, die unter den Verhältnissen leiden.

Manche von uns engagieren sich, weil sie die Zustände politisch falsch finden; Andere jedoch, weil sie keine Wahl haben – weil wir kämpfen müssen, wenn wir nicht in einer Stadt leben wollen, die nur noch für die Reichen da ist.

So lange es auch nur einen wohnungslosen Menschen in Hannover gibt, läuft hier was grundlegend falsch. Das ist klar. Notfallschlafplätze für Wohnungslose sind nur eine Notfalllösung. Wir unterstützen die Forderung nach ihnen. Aber wir wissen auch, dass Appellieren und Demonstrieren selten was bringt. Nur aus einer Position der Stärke und einer unversöhnlichen Haltung gegenüber der derzeitigen Stadtpolitik können wir den Druck aufbauen, der vielleicht was ändert.

Wir haben uns gegen die Stadt der Reichen verbündet. Wir brauchen ein wahrhaft solidarisches Verhältnis zueinander, kein Gönnerhaftes und keines, das Almosen für eine gute Sache hält. Wir denken, dass es an der Zeit ist, gemeinsam Kämpfe zu führen und uns gegenseitig zu unterstützen, wo es geht und wo es die Kräfte zulassen. Eine solidarische Stadt wird uns nicht geschenkt werden, das ist klar. Sie kann nur aus unseren gemeinsamen Kämpfen entstehen.

Mit dieser Haltung hatten wir uns entschlossen, der Stadt Hannover ein Ultimatum zu setzen.

Jetzt besetzen wir!

Im November gab es viel Unterstützung für unser Vorhaben. Linke Aktivist_innen und Wohnungslose plakatierten 6000 Plakate in der ganzen Stadt, mehrmals standen solidarische Menschen sehr früh auf, um Aufhänger in den Stadtbahnen anzubringen, große Transparente wurden aufgehängt, Parolen gesprüht, tausende Handzettel verteilt. Es gelang, unsere Initiative in die lokale und bundesweite Presse zu bekommen. Der NDR sendete einen guten Bericht, in dem wir und andere Wohnungslose ihre Meinung äußern und auf ihre Situation aufmerksam machen konnten.

Wir übersetzten unsere Flyer in 9 Sprachen, damit auch die Wohnungslosen, die kein deutsch können, ermutigt werden, sich zu wehren. Es gab viel positive Rückmeldung – außer von allen Offiziellen. Polizisten drangsalierten Plakatierende, die Ustra-Geschäftsführung wies alle Stadtbahnfahrer_innen an, unsere Aufhänger abzunehmen, die Verantwortlichen der Stadt, fanden, dass sie genug gegen Wohnungslosigkeit tun. Oberbürgermeister Onay meinte sogar, niemand müsse in Hannover auf der Straße schlafen, der dies nicht wolle.

Ende November hieß es dann „Jetzt besetzen wir!“ Eine Demonstration unter diesem Motto wurde von Unterstüt-

Uns hingegen muss es egal sein, dass es illegal ist, Häuser zu besetzen, so lange Menschen legal aus Wohnungen geworfen werden können.

So lange Wohnraum eine Ware ist, so lange es eine Frage des Geldes ist, ob jemand eine Unterkunft hat, so lange die Lebensverhältnisse kapitalistisch organisiert sind, muss uns egal sein, ob etwas erlaubt ist, oder nicht. Widerstand lässt sich nicht erlauben – und nicht verbieten.

Am 5. Dezember stellte die massive Polizeipräsenz aber ein Problem dar. Viele Wohnungslose trauten sich nicht mehr in und an die Häuser. Schließlich haben sie viel zu verlieren. Und ihnen droht sogar schnell Untersuchungshaft, sollte es Ärger mit den Ordnungshütern geben, weil sie keinen festen Wohnsitz angeben können.

Aber es gab warmes Essen vor Ort, Anwohnerinnen brachten warme Getränke und Selbstgebackenes. Etwa 300 Menschen blieben bis zum Abend vor Ort. Es war ein kämpferischer Tag, an dem die wärmende Kraft der Solidarität uns in der Kälte hat ausharren lassen. Am Ende wurden die Besetzer_innen aus den Häusern geholt.

Und jetzt?

Jetzt stehen die Häuser wieder leer, obwohl sie sofort bezugsfertig gewesen waren. Das Wasser lief, die Klos waren intakt, die Heizung funktionierte. Mittlerweile hat sich sogar der Bezirksrat Nord der Forderung nach sofortiger Öffnung der Häuser für Wohnungslose angeschlossen. Wir haben es auch geschafft die haltlosen Zustände im Wohnungsamt zum Thema zu machen.

Was fällt der SPD zum Thema Wohnungslosigkeit ein? Die Wohnungslosen und Suchtkranken müssten vom Weißkreuzplatz vertrieben werden, fordert sie. Notfalls müsse der Platz bebaut werden. Es wird einem übel bei so viel Sozialchauvinismus. Wir werden diesen weiteren Vertreibungsversuchen nicht tatenlos zuschauen, das ist klar.

Noch immer gibt es geschätzte 4000 Wohnungslose in Hannover. Noch immer gibt es keine würdige Einzelunterbringung mit Briefkasten und eigenem Schlüssel. Noch immer sind Wohnungslose besonders den Gefahren durch Corona ausgesetzt. Noch immer sterben Wohnungslose auf den Straßen der Stadt. Noch immer werden Mieten erhöht. Noch immer fliegen Menschen aus

Wohnungen, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können. Noch immer werden Wohnungen und Häuser als Spekulationsobjekte ge- und verkauft. Und da fällt der Stadtpolitik nichts ein, als die Wohnungslosen weiter zu vertreiben, um sie unsichtbar zu machen?

Es wird sich erst was ändern, wenn wir ein Klima schaffen, in dem die Stadtpolitik sich nicht mehr traut Wohnraum räumen zu lassen, wenn viele Menschen es wagen, sich gegen beschissene Vermieter_innen zur Wehr zu setzen, wenn sich Viele trauen, Widerstand zu leisten. Wir verhindern die Schweinereien der Besitzenden erst, wenn wir alle mutiger geworden sind, wenn wir weiter lernen, uns trotz unserer Unterschiede gemeinsam zu wehren.

Alle wissen, dass grundsätzlich der Kapitalismus an dem Desaster schuld ist – was aber fehlt, ist der Mut, diesen kapitalistischen Verhältnissen etwas entgegensetzen.

Niemand wird Obdachlosen Wohnraum auf dem Silbertablett servieren. Das Ganze ist ein heftiger Kampf, der Zähigkeit braucht und viele Rückschläge einstecken wird. Aber eigentlich brauchen wir wirklich revolutionäre Perspektiven, um den Regierenden und Besitzenden das Fürchten zu lehren, damit sie aus Sorge um den sozialen Frieden Zugeständnisse machen müssen.

Wir werden weiter dran bleiben, auch wenn die Besetzungskampagne vorbei ist. Es gab seit Anfang Dezember bereits stille Besetzungen, bei denen leerstehende Wohnungen heimlich für Wohnungslose geöffnet wurden. Das wird es auch weiter geben. Aber damit lassen sich die Probleme nicht lösen. Das wissen wir.

Die Begeisterung für den Besetzungsversuch schlägt bei einigen Wohnungslosen in Frust um, weil es nicht gelungen ist, endlich von der Straße zu kommen. Und wir anderen müssen auch erst mal gucken, wie es weiter geht. Eins ist klar: Niemand kann uns die Erfahrung des gemeinsamen Kampfes nehmen. Wir werden weiter kämpfen: für würdigen Wohnraum, gegen Gentrifizierung. Mit den Mitteln und Kräften die wir gerade haben. Dabei können wir immer Unterstützung gebrauchen. Wichtiger ist aber, dass mehr Menschen den Arsch hoch kriegen und sich selbst engagieren und organisieren. Man kann sich entscheiden, auf welcher Seite man steht!

Menschen aus der Initiative „Sonst besetzen wir!“

Weitere Informationen zur Kampagne findet ihr unter:

<https://besetzen.blackblogs.org>



zer_innen für den 5. Dezember organisiert. Viele Gruppen und Initiativen hielten Redebeiträge, 800 Menschen trotzten der Kälte und demonstrierten kraftvoll und laut von der Innenstadt in die Nordstadt. Dort wurde die Demonstration aufgelöst, als bekannt gegeben wurde, dass Leute Häuser besetzt haben und es jetzt Unterstützung brauche. Hunderte machten sich auf den Weg zur Besetzung. Teilweise versuchten Polizist_innen sehr brutal Menschen davon abzuhalten, sich auf den Weg nach Hainholz zu machen. Viele wurde auf dem Weg dorthin auch eingekesselt und am Weitergehen gehindert. Trotz der Schikanen waren schließlich mehrere hundert Menschen vor Ort. Leider waren die besetzten Häuser schon von Polizeikräften abgesperrt. Auch die Wohnungslosen, die in den Häusern wohnen wollten, kamen nicht mehr hinein. Die Polizei war zu schnell und ließ keinen Spielraum. Sie positionierte sich eindeutig und nicht überraschend: Lieber Wohnungslose erfrieren lassen als ungenehmigtes Handeln zu tolerieren.



Menschen, die in Abschiebungshaft „wohnen“ müssen, haben keine Straftat begangen. Ihnen wird jedoch von den Behörden kein Aufenthaltsrecht in Deutschland zubilligt. Daher wird ihnen die Freiheit entzogen, damit sie sich einer Abschiebung nicht entziehen können.

Der Staat steckt die Ungewollten in Gefängnisse, damit sie unsichtbar und rechtlos bleiben, bis sie wieder dorthin gebracht werden, wo ihr Schicksal für uns gar nicht mehr sichtbar ist und oft ihre Leben unmittelbar bedroht sind. Laut der hessischen Landesregierung soll in der Abschiebungshaft „normales Leben minus Freiheit“ möglich sein, in der Hausordnung der JVA Langenhagen heißt es „der Aufenthalt sei so liberal wie möglich zu gestalten“. Wie diese zynischen Aussagen in der Praxis umgesetzt werden, davon wollen wir berichten.



WOHNEN IN ABSCHIEBEHAFT

Besuche in der JVA Langenhagen

Der Abschiebeknast in Hannover liegt abgelegen in Langenhagen direkt am Rollfeld des Flughafens, von Stacheldraht umgeben, mit vergitterten Fenstern und ausgestattet wie ein Hochsicherheitsknast. Die Bauweise spricht schon in architektonischer Hinsicht der Behauptung Hohn, Abschiebungshaft sei etwas anderes als Strafhaft.

Der Knast ist eine Blackbox. Es gibt kaum Einblicke in die Vorgänge hinter den Mauern. Die Gefangenen geraten in die Gefahr komplett isoliert zu werden, und Willkür und Rechtlosigkeit ausgeliefert zu sein. Um dem etwas entgegenzusetzen besuchen wir in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen seit mehr als einem Jahr Abschiebehäftlinge in der JVA Langenhagen.

Viele von uns besuchte Gefangene wurden überraschend in Behörden verhaftet. Sie wurden in aller Öffentlichkeit mit Handschellen abgeführt, ein zutiefst beschämender und nicht verständlicher Vorgang, der sie in der Öffentlichkeit als Straftäter*innen erscheinen lässt. Viele haben nicht gewusst, weshalb sie inhaftiert wurden und es häufig auch in der Anhörung aufgrund von fehlenden Dolmetscher*innen nicht erfahren. Bis dahin dachten sie, Deutschland sei ein Rechtsstaat, in dem nur Straftäter*innen verhaftet werden. Ohne die Rechtsberatung des Flüchtlingsrates Niedersachsen hätte es für viele keine gegeben. Bei einigen hätte niemand gewusst, wo sie sich befinden.

Einige Beispiele

Es folgen einige Erlebnissen der Gefangenen. Die Namen aller Betroffenen sind geändert.

„Bilal“

... hatte ein geschwollenes Gesicht und Zahnschmerzen. Die Aufsichtsbeamtin sagte uns, sie wisse von den Zahnschmerzen. Ein Anlass zu handeln war das für sie nicht. Sie verwies darauf, dass für einen Zahnarztbesuch ein Antrag auf deutsch auszufüllen sei, das sei

den Gefangenen auch bekannt. „Bilal“ aber wusste davon nichts. Weil wir zufällig vor Ort waren, konnten wir mit ihm den Antrag auf deutsch schreiben und die Behandlung wurde auch durchgeführt. Bilal wurde kurz darauf abgeschoben.

„Ranga“

... lebte mehr als 10 Jahre in Deutschland und wurde verhaftet, als er in einer Schichtpause bei seiner Arbeit seine Duldung bei der Ausländerbehörde verlängern wollte. Er hat seinen Jahresurlaub für die Abschiebungshaft genommen. Sein Arbeitgeber hat täglich angerufen und gefragt, wann er endlich wieder zur Arbeit kommen kann. Aufgrund seiner guten sogenannten „Integrationsleistung“ ist er, nach Wochen der Inhaftierung, beim Haftprüfungstermin entlassen worden, sein Fall wurde an die Härtefallkommission seines Bundeslandes verwiesen. Diese hat ihm die freiwillige Ausreise nahegelegt und versprochen, dass er bei der nächsten Einreise nach Deutschland Papiere bekommt. Daran glauben wir allerdings nicht! Er ist dann freiwillig ausgereist.

„Abdul“

... hatte panische Angst davor, wieder in den, wie er es nannte, „Cold-Room“ zu müssen. Es stellte sich heraus, dass er zwei Tage in Einzelhaft in einer sehr kalten Zelle zubringen musste. Den Grund dafür wusste er nicht. Davon haben wir nur zufällig erfahren, weil wir wegen seiner SIM-Karte eine harmlose Frage an den Aufsicht führenden Beamten stellen wollten und „Abdul“ flüsternd verzweifelt darum gebeten hat, seinetwegen keine Fragen zu stellen, weil er keine „Probleme machen will“. Er wurde abgeschoben.

„Faizan“

... war in Haft, obwohl er gültige Papiere in Italien hatte, aber bei einem Besuch bei Freund*innen in Deutschland verhaftet wurde. Weder Polizei noch das zuständige Amtsgericht interessier-

ten sich für seine italienischen Papiere. Die Ausländerbehörde wollte ihn in sein Herkunftsland abschieben, das Amtsgericht ordnete zwei Monate Abschiebungshaft an. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen organisierte einen Anwalt, der Haftbeschwerde einlegte darauf hinwies, dass seine Papiere in der Asservatenkammer der JVA Langenhagen liegen. Das Gericht hat daraufhin die sofortige Freilassung angeordnet. Zu diesem Zeitpunkt war Faizan zwei Monate rechtswidrig in Haft und ohne die Unterstützung des Flüchtlingsrates und des Anwaltes wäre er in sein Herkunftsland abgeschoben worden, obwohl er gültige Papiere bei sich hatte.

Bei einem unserer Besuche, die mit Dolmetscher stattfanden, sagte er zu uns, er könne uns nicht erzählen, was innerhalb der JVA mit den Gefangenen „wirklich passiert“, weil der Aufsicht führende Beamte alles mithören kann. Er könne nur mit dem Dolmetscher in seiner Muttersprache darüber sprechen. Übersetzt werden, kann es im Besuchsraum nicht. Auf unsere schriftliche Frage, die der Dolmetscher übersetzt hat, ob er und die anderen Gefangenen schlecht behandelt werden, hat er heftig genickt.

„Amir“

... hat bei seiner Verhaftung angegeben, minderjährig zu sein, was ihm nicht geglaubt wurde. Trotzdem wurde er vorsichtshalber isoliert von den volljährigen Gefangenen untergebracht. Obwohl er als Minderjähriger gar nicht hätte im Knast sein dürfen, wurde ihm das Rauchen verboten, weil er minderjährig sei. Er wurde sofort nach Grenzübergang verhaftet und hatte keine Ahnung, wo er sich überhaupt befindet.

Nachdem er der Gefängnis-Psychologin gesagt hatte, dass es ihm sehr schlecht geht und er sich deswegen „ritzen“ würde, ist er am selben Abend, nur mit T-Shirt und Unterhose bekleidet, aus seiner Zelle abgeholt und zum Knast zur Schulenburger Landstr. gebracht worden. Er wusste nicht, warum

er abgeholt und wohin er gebracht wurde. Er wurde in eine Einzelzelle mit Kameraüberwachung gesteckt, ein Beamter sagte zu ihm auf englisch, er sei dort, wegen der „Sache mit dem Ritzen“. Offensichtlich ging die JVA hier von einer Suizid-Gefährdung aus, doch statt den jungen Geflüchteten zu entlassen, wurde er für eine Nacht in einer Strafanstalt für Erwachsene untergebracht, ohne zu wissen, was mit ihm geschieht.

Er wurde nach knapp 3 Wochen Haft aufgrund der beginnenden Corona-Pandemie, die Abschiebungen kurzzeitig unmöglich machte, mit der schriftlichen Anweisung entlassen, sich in der Erstaufnahmeeinrichtung Soltau-Fallingb. zu melden. Dort sollte er, am ersten Tag des Lockdowns, mit dem Zug hinfahren. Wie er das bewerkstelligen sollte, musste er, in Langenhagen vor dem Knast stehend und ohne deutsch zu sprechen, selbst herausfinden.

„Abbas“

... hat 22 Jahre in Deutschland gelebt. Er wurde bei Verlängerung seiner Duldung auf einer Ausländerbehörde unerwarteter Weise verhaftet. Dieselbe Ausländerbehörde hatte ihn vorher mehrmals gegen Entgelt als Dolmetscher eingesetzt. Er war bei den Übersetzungen schon dreimal Zeuge von Verhaftungen geworden und sagte „Beim vierten Mal war ich es selbst“. Er litt an mehreren schweren Krankheiten, die in Deutschland jedoch, durch regelmäßige Behandlung, unter Kontrolle waren. Er hat sich große Sorgen gemacht, dass er in seinem Herkunftsland, die notwendige ärztliche Behandlung nicht mehr bezahlen kann. Weil seine Akte nicht in angemessener Zeit vom Gericht zu seinem Anwalt geschickt wurde, wurde er nach Wochen der Haft entlassen.

Die Hausordnung

In der Hausordnung der JVA steht, dass die „bereitgestellten Kühlschränke zum Kühlen von Lebensmitteln“ benutzt werden sollen. Allerdings gibt es keine Kühlschränke vor Ort, was zur

Folge hat, dass den Gefangenen keine frischen Lebensmittel mitgebracht werden können, da diese laut Auskunft der JVA uns gegenüber „nicht angemessen zu lagern seien“.

In der Hausordnung steht weiterhin, dass „Hygiene-, Genuss- und Lebensmittel“ jederzeit für die Gefangenen abgegeben werden können. Viele Gefangene klagen über trockene Haut und bitten uns darum, Körpercreme mitzubringen. Dies wurde jedoch, entgegen der Hausordnung, jedes Mal abgelehnt. Eine Begründung dafür wurde uns nicht gesagt. Die Gefangenen könnten stattdessen in diesen Fällen einen Antrag bei der Anstaltsärztin stellen. Das wird aber nicht allen Gefangenen mitgeteilt und in mindestens einem Fall wurde ein solcher Antrag von Beamten*innen der JVA abgelehnt, weil „das angeblich nicht nötig sei“. An den vermeintlichen Kleinigkeiten, wie den fehlenden Kühlschränken und dem bürokratischen Aufwand, der es den Gefangenen faktisch meist unmöglich macht, z. B. in den Besitz eines einfachen Hygieneartikels zu kommen, wird deutlich, dass den Gefangenen jegliche Selbstbestimmung genommen wird.

Es ist wichtig, durch die Besuche im Knast unsere Solidarität mit den Gefangenen zu zeigen. Es geht aber auch darum, ein wenig Transparenz zu schaffen und damit Willkür und Entrechtung entgegenzuwirken. Das Ziel muss es selbstverständlich sein, diese Besuche überflüssig zu machen.

Freiheit ist ein Menschenrecht – deshalb fordern wir: Abschiebungshaft abschaffen!

Hannover Solidarisch



Leicht überarbeiteter Redebeitrag auf einer Demonstration der Seebrücke 22.11.2020

Weitere Informationen:

www.hannover-solidarisch.de

Nordstadtstraße

In der „vers beaux temps“ (eine von 2001 bis 2010 in Hannover existierende Zeitschrift, quasi die zwischen „Razz“ und „autonomen Blättchen“) erschienen zwischen 2006 und 2010 fünf Teile eines Fortsetzungsromans: die „Nordstadtstraße“. Für die *SCHÖNES WOHNEN FÜR ALLE* wurde diese Idee wieder aufgegriffen und uns eine neue erste Folge zugeschickt. (rsw)

FOLGE 1

Eine Scheibe macht noch keinen Sommer

Диск не делает лета

光盘没有夏天

Warum ein Fortsetzungsroman?

Linke Politik muss Praxis werden. Doch wie können diesbezügliche Themen attraktiv präsentiert werden, damit auch die breiten Massen begeistert werden? Welche Medien erreichen viele Menschen und bieten mehr Raum zur politischen Weiterbildung als die kurzen Clips auf Insta, tik tok & Co? Ganz einfach: Serien. Sicherlich, viele Serien sollen die im Zaume zu haltenden Massen von den wahren Problemursachen ablenken und ihnen wertvolle Zeit klauen, die sie dann passiv vor kleinen Bildschirmen verbringen. Aber es gibt Ausnahmen. Leuchtendes Vorbild und die Mutter aller gesellschaftskritischen Serien war die Lindenstraße (WDR, 1985-2020). Die Serie brachte über Jahrzehnte wichtige Beiträge zur politischen Bildung hervor: hier gab es 1990 einen der ersten homosexuellen Küsse in einer deutschen TV-Serie, der bayerische Rundfunk strahlte eine Folge dann auch prompt nicht aus: zu gewagt für diese noch gar nicht so lange zurückliegende Zeit. In der Serie wurde alles thematisiert: Umweltschutz & Atommüll, HIV, Rechtsextremismus, Tierbefreiungsaktionen, Obdachlosigkeit, illegalisierte Menschen oder Beziehungsprobleme (das Private ist politisch!). Darüber hinaus zeichnete sich die Lindenstraße durch die Darstellung verschiedenster Aktionsformen aus. So wurden im Kampf gegen die Atomenergie einerseits ein Boykott durch Andy und Hajo organisiert, andererseits ging es auch mal rustikaler zur Sache: Serienheld Zorro hatte einfach mal einen Strommast gefällt und wurde prompt beim Untertauchen von Papa Hans Beimer versteckt. Auch die legendären Nachbarschaftsversammlungen und Murats entschlossene Anzett-Aktion (an einen Baum) im Kampf gegen Investor*innen und Gentrifizierung waren wie aus dem Leben gegriffen.

Um die enormen Errungenschaften und vielfältigsten Möglichkeiten solch einer Serie zu nutzen, gibt es für diese Zeitung nun eine schriftlich nacherzählte TV-Serie: eben die „Nordstadtstraße“, hier soll Alltagshandeln in seiner politischen Dimension thematisiert werden.

Woher kommt der Name?

Die Benennung der Serie als „Nordstadtstraße“ ist keinesfalls eine lokalpatriotische Kampfansage an unseren geliebten Nachbarstadtteil Linden. Die Umbenennung von der „Linden-“ zur „Nordstadt-“straße soll lediglich die drohende Kriminalisierung aufgrund von Urheberschaft erschweren. Von daher hätte die Serie genauso gut auch „Ahornstraße“ oder „Gingkostraße“ heißen können, aber „Nordstadtstraße“ klingt dann doch seriöser.

Welche Personen spielen mit?

Zentraler Ort der Handlung ist ein Mietshaus in der hannoverschen Nordstadt. Die beteiligten Personen werden nach und nach eingeführt. Hauptrollen haben „Die Beimers“: die 5er WG mit Lisa, Paul, Lara, Rita und Hans. Der Spitzname der WG rührte von einem großen Serienplakat der Lindenstraße in der WG-Küche. Die nette „Studi-WG“: Sabine, Walter, Mehmet und Louisa.

Und außerdem aus dem Dachgeschoß: „Oma Rosa“, so eine tolle, revolutionäre, wilde ältere Dame, die direkt aus einem Lied von Quetschenpaua [Liedermacher mit Akkordeon] in die Nordstadtstraße gekommen zu sein scheint.

★★★

Nordstadt. Morgens früh, so um elf Uhr. Zeit zum Frühstück in der Beimer-WG. Noch müde begab sich Lisa auf den Weg zum Frühstückstisch, der bereits reichhaltig gedeckt war ... mit den Bierflaschen vom Vorabend. Aber: keine Soja-Milch für Kaffee. Na, toll. Also Treppe runter zum Einkaufen.

Im Treppenhaus kam ihr der munter pfeifende Walter aus der Studi-WG entgegen. Er studiert Bauingenieurwesen und hatte an diesem Tage bereits seine erste Vorlesung („Statistisches Berechnungswesen in der Hochbauplanung“) absolviert. Ein beiderseitig pflichtgemäß-freundliches, aber doch auf wundersame Weise zeitgleich-synchron ausgesprochenes „Moin“ (Lisa) bzw. „Tach“ (Walter) durchbrach die mittägliche Stille im Treppenhaus. Ihre Blicke trafen sich und ihr Blickkontakt war genau das bisschen zu tief und genau die Zehntelsekunde zu lang, die uns in schlechten Fernsehserien immer den Gedanken aufkeimen lässt: da geht doch was.

★★★

Am nächsten Tag. Wie es der Zufall bzw. das plump vorhersehbare Drehbuch wollte, ergab es sich, dass Lisa und Walter zeitgleich das Haus in Richtung E-Damm verließen und so schlenderten sie gemeinsam - aber mit Abstand - an einem frisch entmieteten Haus vorbei, was nun leerstehend seiner tristen Umwandlung in Eigentumswohnungen entgegenschau. Unbekannte hatten eine Scheibe eingeworfen, und grüne Farbbomben hatten ihre zierenden Spuren auf der Fassade hinterlassen.

Walter: „Ich find das auch voll schlimm mit den steigenden Mieten, aber so Gewalt find ich nicht gut!“

Lisa: „Das ist doch keine Gewalt. Gewalt ist, wenn die Bullen eine Zwangsräumung in die Obdachlosigkeit durchsetzen. Wenn der Mensch dann später erfriert, ist das sogar tödliche Gewalt. Das hier ist höchstens Sachbeschädigung.“

Walter: „Ja aber, das ist doch keine Lösung, so eine einzelne Scheibe einzuschmeissen, da muss doch die Stadt generelle Regelungen gegen solche Umwandlungen treffen.“

Lisa: „Macht sie aber nicht“

Walter: „Vielleicht muss man dann an die Nachfrage ran, ich meine wie beim vergeblichen Kampf gegen illegale Drogen. Solange es Nachfrage gibt, mit dem sich Profit machen lässt, findet sich auch ein Dealer. Also es müsste ein großes Angebot an Wohnungen geben, damit sich damit nicht so viel Geld verdienen lässt. Oder es müssten irgendwie die Profitmöglichkeiten begrenzt werden. Kann auch der Staat verbindlich für alle machen, also mit Mietendeckel, Vorkaufsrechten und Umwandlungsverboten.“

Lisa: „Macht er aber nicht.“

Walter: „Dann müsste es eben so Öffentlichkeitsarbeit geben: hey hier wurde entmietet, wer hier kauft, ist voll der Fiesling. Oder man muss bei offiziellen Anlässen auftauchen und die Untätigkeit der Politik anprangern.“

Lisa: „Ah, Du meinst vor der Einweihungsfeier von Charlottes Garten [=ein Luxus-Bauprojekt] mobilisieren wir für Chaostage, schmeißen dann da mehr als eine einzelne Scheibe ein und dann sinkt die Nachfrage nach Eigentumswohnungen auf dem Bumke-Gelände [ähnliches Projekt wie Charlottes Garten, aber noch in Planung] und dann beim nächsten Bauprojekt in der Nordstadt findet sich dann erst gar kein profitgeiler Investor wie Gerlach, der ein solches Gelände kaufen will und es den Genossenschaften wegschnappt?“

„Aber, da kam jetzt immer noch das mit den klirrenden Scheiben vor. Das ist doch wieder Gewalt... tschuldigung, ich meine natürlich Sachbeschädigung!“ sagte Walter mit einem liebreizenden Lächeln.

★★★

Später in der heimischen WG-Küche der Beimers.

„Warst Du mit Walter unterwegs?“ fragte Lara mit unauffälliger Neugier.

„Wir haben über Mieten geredet, ich glaub, das ist echt ein Thema, wo wir noch mehr Leute erreichen können“, stellte Lisa schnell klar, um den rein politischen Charakter des Gesprächs mit Walter zu betonen.

Hans: „Ja der/die Mieterin als revolutionäres Subjekt. Diese gigantische Umverteilung durch den Mietensinn demaskiert den Kapitalismus ganz hervorragend. Corona macht da vieles noch

offensichtlicher: weg-gentrifizierte Alltagshelden versus immer reicher werdende Immobilien-Barone. Leerstand und erfrierende Obdachlose. Untätige Politik und Mietsteigerungen. Mit solchen Ungerechtigkeiten erreichen wir selbst die Leute, die morgens um 7:00 in der Straßenbahn immer so teilnahmslos

gucken“, formulierte Hans die große Herausforderung für eine revolutionäre Massenbewegung.

„Woher weist Du denn, wie die Leute früh am Tag gucken, da schläfst Du doch noch“ fragte Lara, die aus Lohnarbeitszwängen auch solche Uhrzeiten kannte.

Bevor Hans mit wortreichen Erläuterungen über das revolutionäre Subjekt im historischen Wandel von seinem proletariatsfernen Lebenswandel ablenken konnte, setzte Lisa mit grimmiger Stimme fort: „Es reicht jedenfalls. Im Moment reißen sich die Reichen doch weiter Wohnung um Wohnung und Haus um Haus unter den Nagel“.

Paul: „Wir müssen mal dran bleiben. Nix mehr mit netter Nordstadt, mal wen abschrecken“

„Bestrafe einen, Erziehe Hundert“ meinte Hans in genau dem salbungsvollen Ton, der verriet, dass dies ein Zitat war. Wobei auch Hans, nicht an die Dogmen und Weisheiten der alten Männer aus dem letzten oder vorletzten Jahrhundert glaubte, aber er nutzte diese gerne, um die eher anarchistisch eingestellte Lisa zu ärgern.

Lisa (leicht genervt): „Lenin oder Trotzki?“

Hans: „Mao - aber das Zitat wurde ihm untergeschoben. Eigentlich nutzte er nur ab und zu das chinesische Sprichwort 'Das Huhn schlachten, um die Affen zu erschrecken'“.

Lara: „Und wer ist das Huhn?“

Hans: „Der nächste Typ, der hier irgendwen wegen Eigenbedarf rausklagt. Von dem entführen wir den Hund. Und dann ...“

Ein mehrstimmiges und langgezogenes „Hhhaaaans“ mahnte zu Seriosität und Disziplin. Die Routine der Ermahnung ließ nur eine Interpretation zu: es war nicht das erste Mal, dass zu dieser Maßnahme gegriffen werden musste.

Lara: „Außerdem, dran denken: immer die körperliche Unversehrtheit von Unbeteiligten respektieren, und das gilt auch für Tiere!“

Paul: „Vielleicht einfach mal den SUVs im Viertel, die Luft raus lassen. Dann gibt es mal ne 'Nacht der leeren Reifen', das ist dann auch was für den Klimaschutz.“

Lara: „Oder mal den kreativ-witzigen Stil von den Outing-Aktionen wie dem Miethai bisschen verschärfen, die Arschlöcher sollten nicht nur ein einzelnes Mal Ihren Namen in der Zeitung sehen, sondern bissl öfter mal nen Plakat über sich, wenn Sie morgens vor die Tür gehen...“

Paul: „...oder nachts mal aus dem Bett geklingelt werden, als Rache der Entmieteten.“

Lara: „Oder mal in der ganzen Nordstadt, die Schweinereien mit Sprühkreide kenntlich mache - so wie bei den Aktionen gegen Catcalling. Sprühkreide ist auf Gehwegen sogar legal“.

Lisa: „Wir brauchen eine „Schwarm-Militanz“ viele Aktionen und Aktiönchen, wo immer mehr mitmachen“.

Rita: „Wir sollten uns aber nicht als Avantgarde verstehen, die weiß, was die richtige Aktionsform ist. Also, wir müssten irgendwie anschlussfähig sein, die meisten Nordstädter_innen werden nachts weiterhin schlafen.“

Viele müssen was beitragen können. Es gibt ja auch Nordstädter_innen mit bisschen Geld, vielleicht können die ein bisschen davon irgendwo leihweise einbringen, ist doch besser als wenn die das für 0-Zinsen auf der Sparkasse lassen. In Finanzierungsmodelle, damit auch mal Häuser übernommen werden können, bevor der Miethai im Vorgarten steht und die Kaufkraft der Käufer und die Geldgeilheit der Verkäufer siegt.“

Hans: „Dem Wohnen die Warenförmigkeit nehmen“.

Lara: „Für Übernahmen muss aber der Marktpreis sinken ...“

Rita: „...flächendeckend wäre das mit staatlichen Regulierungen möglich...“

Paul: „...die es aber nur geben wird, wenn wir Druck machen. Auch mit Besetzungen oder sich mal bei einer Zwangsräumung quer stellen“.

Lara: „Letztlich brauchen wir in der Nordstadt so einen Konsens: es sind alle in ihrer Vielfalt willkommen - außer die, die andere rauswerfen und ihnen den Platz wegnehmen oder andere ausbeuten wollen. Für so einen Konsens brauchen wir auch öffentliche Aktionen und müssen mit den Menschen ins Gespräch kommen“.

Lisa: „So oder So. Wir müssen was tun. Wenn die Nordstadt nicht für immer mehr Menschen unbezahlbar werden soll, müssen wir sie unverkäuflich machen“.

★★★

Abends kurz vor Acht. Es klingelte an der Tür der Beimers. Hans öffnet.

Oma Rosa: „Guten Abend, könnt Ihr mir ne Flasche Schnaps leihen ... nachdem unsere Runde jetzt geimpft ist, bekomme ich gleich noch Besuch zum Doko-Spielen“.

Während Hans überlegt, ob Omas nicht immer Bridge spielen und Kaffee trinken und ob die denn auch revolutionäre Subjekte sind, holte er eine angebrochene Flasche Wodka und übergab sie Oma Rosa, wobei sein Blick auf ihre Schuhe fiel.

Hans: „Äh, Sie haben da noch so grüne Farbe am Schuh“.

★★★

Dramatische Musik und große Spannung. Wer wissen will, woher die grüne Farbe an Oma Rosas Schuh kommt und wie es mit Lisa und Walter weitergeht, muss bis zur nächsten Folge warten. Wer wissen will, wie es mit der Nordstadt weitergeht, sollte aber nicht warten, sondern selbst aktiv werden.

vbt2021

★ Fortsetzung selber machen ★



SOLIDARITÄT MUSS ALLTÄGLICH WERDEN!

„Zuhause heißt, wir schützen uns, alle sind gleich“ (Feine-Sahne-Fischilet)

Solidarität ist ein großes Wort. Es ist ein beliebtes Wort, gerade auch in der Hannoverschen Linken, wenn wir an Initiativen wie Nordstadt Solidarisch, unser Projekt Hannover Solidarisch, Bumke selber machen oder die ‚Sonst besetzen wir‘-Kampagne denken. Bei Politiker*innen bleibt Solidarität oftmals ein Lippenbekenntnis. Praktisch reduziert sich der Gehalt solidarischen Verhaltens oft auf die gemeinsame Verfolgung geteilter Interessen. Dabei kann und muss Solidarität mehr bedeuten: Solidarität muss praktisch und politisch werden!

Politisch wird Solidarität, wenn es um mehr geht als voneinander abgegrenzte Gruppeninteressen. Von der politischen Rechten hören wir in den letzten Jahren immer wieder, es sollte lieber deutschen Obdachlosen als Geflüchteten geholfen werden. Hier sollen unterschiedliche, marginalisierte Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Übersehen wird dabei: Geflüchtete Menschen sind nicht selten zugleich obdachlos. Eine gemeinsame Lage, und sei es Obdachlosigkeit, führt von allein

noch nicht zu solidarischem Handeln. Politisch wird Solidarität, wenn es um die Formulierung von Ansprüchen geht, die allen Menschen zustehen. Die Frage nach Wohnraum zielt direkt auf einen Knotenpunkt im gegenwärtigen neoliberalen System, denn Wohnraum dient zur Erfüllung grundlegendster menschlicher Bedürfnisse wie Essen, Schlafen, Schutz vor Wetter und Rückzug, er ermöglicht, insbesondere in der Stadt, Zu-

„Zuhause heißt, wir schützen uns, alle sind gleich“

gang zu Ressourcen und Infrastruktur wie Parks, Büchereien, Verkehrsmittel und Teilnahme am öffentlichen Leben etc. Angemessener, sicherer Wohnraum für alle ist somit notwendige Bedingung für ein gerechtes und gleiches Zusammenleben von Menschen. Eine solidarische Gesellschaft als Ziel würde sich dadurch auszeichnen, dass sie Bedürfniserfüllung, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Hautfarbe, Behinderung, finanzieller Situation oder Papieren garantiert. Solidarische Politik als Weg

setzt bei der konkreten Situation von Menschen an. Die Frage nach Wohnraum ist für Geflüchtete besonders wichtig. Ohne eigenes Zuhause gibt es kein Ankommen. Geflüchtete leben meist jahrelang in Sammelunterkünften. Wir fordern selbstbestimmtes Wohnen von Beginn an.

Solche Forderungen machen Solidarität politisch, über Forderungen hinaus muss sie aber auch praktisch werden. Mit ‚Hannover Solidarisch‘ besuchen wir Geflüchtete nicht nur im Abschiebeknast, und begleiten sie nicht nur zur Ausländerbehörde oder zum Sozialamt, sondern auch zum Wohnungsamt. An all diesen Orten findet Diskriminierung, Ausschluss und institutioneller Rassismus statt. Dies in Demonstrationsreden oder auf Flugblättern zu kritisieren ist wichtig, aber erst gegenseitige Hilfe im Alltag macht Solidarität praktisch. Dies gilt für die Unterstützung auf Ämtern ebenso wie für Beratung von Erwerbslosen oder Blockaden gegen Zwangsraumungen.

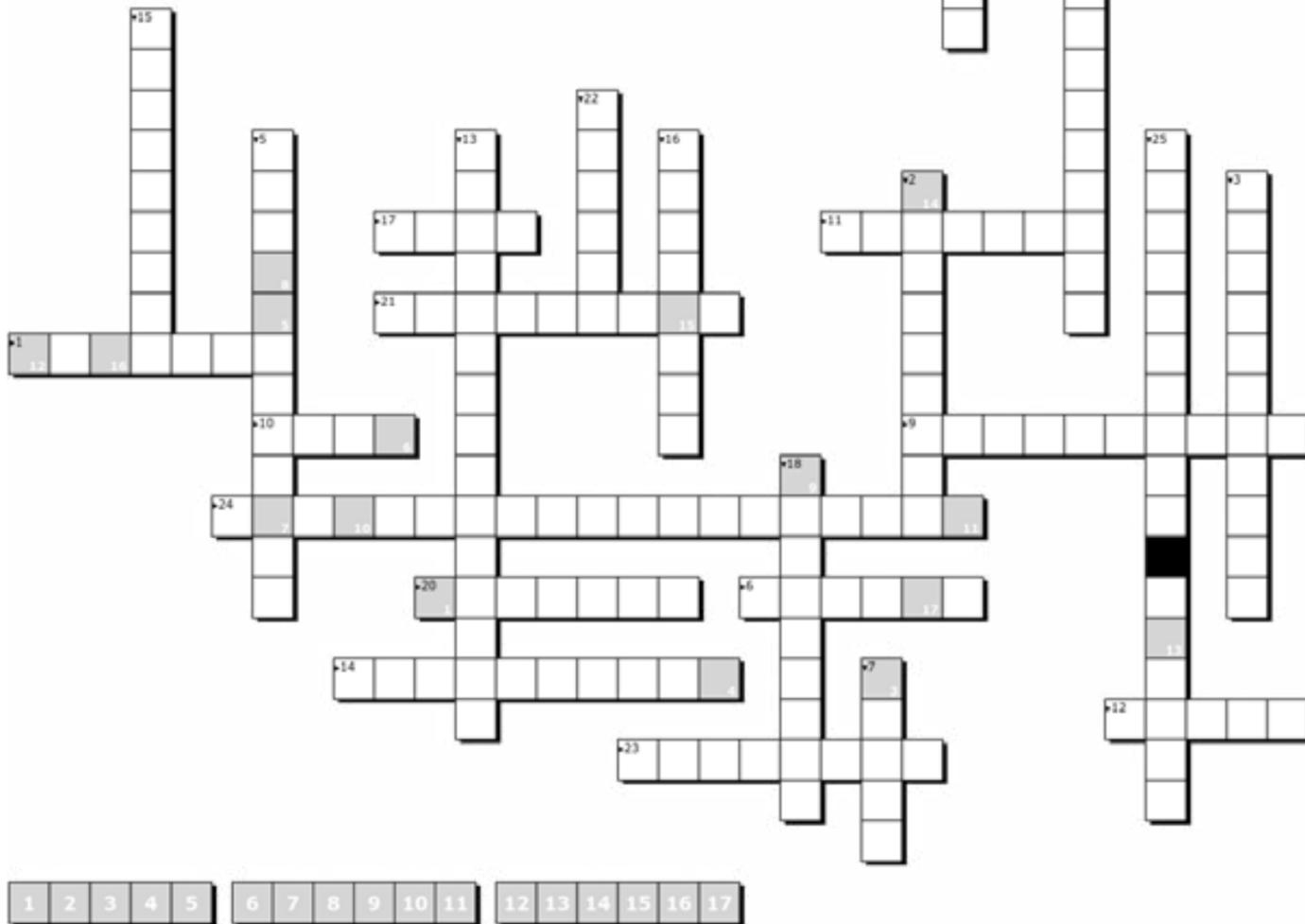
In besonderen Momenten kommen die alltägliche Praxis und die politische Vision der Solidarität zusammen. In Hannover war ein solcher Moment die Besetzung der Roten Reihe am 5. De-

zember 2020. Solche Aktionen ziehen Repressionen nach sich, nicht nur in Hannover, sondern auch andernorts. Am Abend des 23. Novembers 2020 wurden z.B. in Paris wohnungslose Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen nach dem sie Zelte am zentralen Place de la Republique aufgebaut hatten, brutal von der Polizei geräumt und durch die Straßen gejagt. Vier Aspekte sind uns wichtig: Politische Solidarität zielt auf universale Ansprüche, praktische Solidarität findet im Alltag statt. Beide ergänzen sich. Schließlich muss Solidarität, wie Hannover und Paris zeigen, gegen Repression standhalten und – über Europa hinaus – transnational werden. Für ein solidarisches 2021!

Solinet Hannover

Redebeitrag auf der Demo „jetzt besetzen wir!“ am 05.12.20. Mehr Infos auf hannover-solidarisch.de Interesse mitzumachen? Melde dich gerne unter: hannoversolidarisch@lists.riseup.net

- | | | |
|-----------------------------------|--|---|
| 1. Mietwucherer | 10. Bau, Hütte | 19. Hingabe, Fehde |
| 2. Gegenteil ordentlicher Nächste | 11. Bleibe, Bude | 20. stoppen, anhalten |
| 3. Abwehr, ausbooten | 12. Kommune | 21. Beteiligung a la Gerlach |
| 4. Wohnungsaufgabe, Rauschmiss | 13. Yuppisierung, sozioökonomischer Strukturwandel großstädtischer Viertel | 22. Droht dem Bumke-Haus |
| 5. Benachteiligung, Abweichung | 14. Grundbesitz, Parzelle | 23. Aus 18 hervorgegangen |
| 6. Mehr, Erfolg | 15. Unser Viertel | 24. Veranstaltung von Gerlach in der Christuskirche |
| 7. Pacht, Zins | 16. Budget, Hauswesen | 25. Yuppiebrennpunkt, die teuersten Eigentumswohnungen in der Nordstadt |
| 8. Bezirk, Ortsteil | 17. Areal, Boden | 26. Zeitlich befristeter, bezahlbarer Wohnraum |
| 9. Erhöhung, Achtung | 18. Eroberung, Aneignung von Leerstand | |



Die letzte Meldung

Neue Virus-Variante in der Nordstadt!

In der Nordstadt scheint ein neuartiges Virus ausgebrochen zu sein. Seine Symptome: anhaltende Widerständigkeit gegenüber Investoren, gegenüber der städtischen Obrigkeit und anderen Autoritäten. Verbreitung findet das Virus anscheinend unter den von sog. „Luxus-Sanierungen“ und damit einhergehenden Mieterhöhungen bedrohten Mitbürger*innen. Es soll schon zu Zusammenrottungen einzelner betroffener Gruppen und Hausgemeinschaften gekommen sein.

Wie uns das Institut für Virologie an der Hochschule für Tiefenforchung Hannover (HTFH) mitteilte, wurde dort bereits eine interdisziplinär arbeitende Forschungsgruppe eingerichtet, um das Phänomen des Widerstandsvirus (kurz: WV) und dessen Verbreitung zu erforschen. Man sei intensiv mit der Entschlüsselung des Genoms beschäftigt und werde wohl in Kürze auf der Basis dieser Erkenntnisse an der Entwicklung von hochwirksamen Impfstoffen und Medikamenten arbeiten können. Es bestehe die Gefahr, dass das Virus – trotz der harten Einschränkungen des Lockdowns – auch in andere Stadtteile und womöglich in die Region übergreifen könnte.

Die Ordnungsbehörden waren z. Z. noch nicht für Stellungnahmen zu erreichen – sie seien auf Weisungen aus dem Rathaus gebunden. Auch von dort war bisher noch nichts zu hören ... wir bleiben am Ball und werden über weitere Entwicklungen berichten.

Anmerkung der Redaktion: Wir sehen in der Verbreitung des Widerstandsvirus WV keine besondere Gefahr und wünschen uns sogar eine beschleunigte Verbreitung.

Auflösung des Kreuzworträtsels!

... findet ihr auf <https://bumkeselbermachen.noblogs.org/zeitung>

Wir sind eine Mitmachzeitung!

... und freuen uns über alle Rückmeldungen. Egal ob Kritik, Wünsche, Ideen, eigene Beiträge und Leser*innenbriefe. Schreibt uns: bumkeselbermachen@riseup.net

1x Schönes Wohnen - Wieder schönes Wohnen!

Die Zeitung wurde nur möglich durch eine solidarische Finanzierung und Förderung. Die Arbeit an der Zeitung ist komplett ehrenamtlich. Der Druck kostet aber Geld. Die Zeitung braucht eure Spenden, damit es weitergehen kann!

Spenden könnt ihr per Überweisung: schreibt uns per Mail an bumkeselbermachen@riseup.net

Danke an alle bisherigen Spender*innen!

Impressum

Schönes Wohnen für Alle! - Zeitung für Einen solidarischen Stadtteil - Hannover Nordstadt Kornstraße 28-30, 30167 Hannover Email: bumkeselbermachen@riseup.net bumkeselbermachen.noblogs.org/zeitung Vi.S.d.P.: Brigitte Nandingna

Mit (Gruppen)Namen oder Kürzeln gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Bildnachweise: Icons by Vectorstall, Adrien Coquet from the Noun Project.

Schönes Wohnen für Alle! - Zeitung für Einen solidarischen Stadtteil - Hannover Nordstadt wurde gefördert durch: ASTA der Universität Hannover

Alle Inhalte sind, soweit nicht anders angegeben, lizenziert unter CC-BY-SA-NC 4.0

